## S 18 AS 2111/18

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 18 AS 2111/18 Datum 19.03.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 AS 105/20 Datum 30.08.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung wird zurļckgewiesen.

Der Beklagte hat dem Kläger 1/8 der Kosten des Widerspruchs- und des erstinstanzlichen Klageverfahrens zu erstatten. Im Ã□brigen sind Kosten nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

#### **Tatbestand**

Zwischen den Beteiligten ist die GewĤhrung hĶherer Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für die Monate Oktober und November 2018 streitig sowie die Aufhebung des Aufhebungs- und Erstattungsbescheids vom 17. Januar 2019, mit dem der Beklagte die

Leistungsbewilligungen f $\tilde{A}^{1}$ 4r den Monat Dezember 2018 vollst $\tilde{A}$ xndig aufgehoben und die Erstattung des ausgezahlten Betrages i. H. v. 1.042,33  $\hat{a}$ y verlangt hat.

Der I. geborene KlÄger hat einen Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt (FH)/Verwaltungsjurist. Er arbeitete in der Vergangenheit u. a. in einem Amt fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Soziale Dienste in den Bereichen Bundessozialhilfegesetz und Unterhaltsvorschussgesetz. Er bezog zunächst â∏ von kurzen Unterbrechungen abgesehen â∏∏ seit Februar 2007 Leistungen nach dem SGB II. Nach seinen Angaben vom 22. Februar 2007 lebte er bis zu diesem Zeitpunkt von Rücklagen, die er bei seiner Mutter deponiert hatte. Bereits seit dem 1. August 1989 bewohnt er in einem 862 gm gro̸en Mehrfamilienhaus eine 88 gm groÃ∏e Wohnung mit 3 ½ Zimmern, 1 Küche und 1 Bad, die mit Fernwärme beheizt wird. Die Grundmiete betrug im streitbefangenen Zeitraum 490 â∏¬ monatlich, die Vorauszahlung für Betriebskosten und Heizkosten nach den letzten Angaben des Klägers seit dem 1. Juni 2014 insgesamt 300 â∏¬ monatlich, wobei die Vermieter auch auf ausdrýckliche Nachfrage nicht mitteilten, welcher Anteil davon auf die Heizkostenvorauszahlung entfiel. Mit Nebenkostenabrechnung vom 20. August 2018 wiesen die Vermieter ebenso wie zuvor für die Jahre 2015 und 2016 auch für das Jahr 2017 ein Guthaben i. H. v. 421,22 â∏¬ aus, welches sie nach den Angaben des KlÄxgers nicht auszahlten. Eine Anpassung der Vorauszahlungen erfolgte nicht. Nach den weiteren Angaben des KlĤgers im Berufungsverfahren erhielt er von seiner Mutter, der K., u. a. in den streitbefangenen Monaten Oktober und November 2018 100 â∏¬ monatlich als Ã∏berbrückungsdarlehen. Für denselben Zeitraum habe er von seinem Bruder, dem L., ein weiteres ̸berbrückungsdarlehen i. H. v. 50 â∏¬ monatlich erhalten. Eine erste Tilgung gegenüber dem Bruder sei mit der Auszahlung des Guthabens aus der Nebenkostenabrechnung fýr das Jahr 2015 im April 2017 erfolgt. Ab dem 1. Dezember 2018 hat der KlÄger eine nichtselbstĤndige TĤtigkeit als VerwaltungsbeschĤftigter mit einer regelmäÃ∏igen Arbeitszeit von 39 Stunden und 12 Minuten wöchentlich aufgenommen. Daraus floss ihm noch im Dezember 2018 ein Gehalt i. H. v. 2.575,75 â∏¬ brutto/1.654,82 â∏¬ netto zu.

Bereits mit einem Widerspruchsbescheid vom 29. Mai 2007 wies die RechtsvorgĤngerin des Beklagten (folgend Beklagter) den KlĤger darauf hin, dass bei einem Einpersonenhaushalt eine WohnungsgrĶÄ∏e mit bis zu 50 gm und Heizkosten i. H. v. 1,10 â∏¬ pro gm angemessen seien. Mit Schreiben vom 27. August 2008 teilte der Beklagte dem KlAzger auA∏erdem mit, dass die Mietkosten nach den seit dem 1. November 2007 geltenden Mietobergrenzen so hoch seien, dass sie nicht dauerhaft anerkannt werden kA¶nnten. DarA¼ber fand am 11. September 2008 ein persĶnliches GesprĤch mit dem KlĤger statt, in dem er u. a. erklärte, dass er einen Umzug eigentlich vermeiden wolle, negative â∏Schufaeinträgeâ∏ habe und die Sozialsenatorin M. erklärt habe, dass niemand gezwungen werde, umzuziehen. Mit Schreiben vom 12. September 2008 teilte der Beklagte dem KlĤger unter Bezugnahme auf das gefļhrte GesprĤch mit, dass besprochen worden sei, langfristig eine LA¶sung zur Senkung der Unterkunftskosten zu finden, da diese deutlich ýber den Angemessenheitsgrenzen lägen. Eine aktuelle Ã∏bersicht zu den Mietobergrenzen fügte der Beklagte dem Schreiben bei. Dazu äuÃ⊓erte sich der Kläger mit zwei Stellungnahmen vom 12.

bzw. 19. September 2008 und erklÄxrte u. a., dass er seit mehr als 19 Jahren in seiner Wohnung lebe und fest im Stadtteil verwurzelt sei. Ein Wechsel würde für ihn eine unangemessene Härte bedeuten, weshalb er schwerpunktmäÃ∏ig den Wohnungsmarkt im Bereich der Postleitzahl (PLZ) N. sondieren werde. Au̸erdem habe sich die Politik vor der Bürgerschaftswahl gegen Zwangsumzüge von LeistungsempfĤngern ausgesprochen. Mit weiterem Schreiben vom 21. November 2008 wies der Beklagte auf die Berechnungsgrundlagen fA1/4r angemessene Heizkosten hin. Die Bemühungen zur Kostensenkung legte der Kläger in einem Schreiben vom 18. Dezember 2008 dar. Im weiteren Verlauf übersandte er ein Schreiben seiner Vermieter vom 17. Dezember 2008, mit dem diese die Absenkung des Mietzinses ablehnten. Au̸erdem übersandte er Nachweise über seine Registrierung bei unterschiedlichen Wohnungsmarktportalen und Wohnungsbaugesellschaften, woraus sich ergab, dass er bei den Suchanfragen unterschiedliche Suchfilter (z. B. Aufzug, Gegensprechanlage, Balkon, Zentralheizung, Keller, PLZ) hinterlegt hatte. Weitere Bemühungen legte er mit Schreiben vom 27. MÃxrz 2009 dar, wobei sich daraus erneut ergab, dass er die Suche auf den Stadtteil O. /P. und durch weitere Filter eingeschrĤnkt hatte. Am 9. Juni 2011 wies der Beklagte den KlĤger abermals auf die Unangemessenheit der Heizkosten und mit weiterem Schreiben vom 4. Juli 2011 auf die unangemessen hohen Unterkunftskosten hin. Diese kA¶nnten nicht dauerhaft anerkannt werden. Am 21. Juli 2011 fand dazu ein weiteres GesprÄxch statt. Ausweislich des darļber gefertigten Aktenvermerks vom 21. Juli 2011 wies der Beklagte den KlAzger darauf hin, dass die Kosten der Unterkunft derzeit um 64,5 % überschritten würden und für eine Einzelperson ein Betrag i. H. v. 358 â∏¬ angemessen sei. Auf die Frage des Klägers, ob ihm gestattet werden könne, ausschlieÃ∏lich in der O. zu suchen, da er dort seit 22 Jahren lebe und dort sozial eingebunden sei, erklĤrte der Beklagte, dass das als Grund nicht ausreiche und ihm ein â∏gesamtbremischerâ∏∏ Umzug zuzumuten sei. Mit Schreiben vom 16. Januar 2012 führte der Kläger aus, dass 95 % des angebotenen Wohnraums ýber der genannten Grenze des Beklagten liege und die weiteren 5 % entweder schon vermietet oder nicht an ALG-EmpfÄxnger zu vergeben gewesen seien. Mit Anlage zum Bescheid vom 3. April 2013 wies der Beklagte den KlĤger erneut auf die unangemessenen Heizkosten hin. Für eine WohnflÃxche von 50 gm seien derzeit Heizkosten i. H. v. 1.200,89 jährlich angemessen. Mit der Anlage zum Bescheid vom 26. Mai 2014 erfolgte erneut ein Hinweis auf die unangemessenen Heizkosten. Angemessen sei derzeit ein Betrag i. H. v. 84,33 â∏¬ monatlich. Mit Schreiben vom 27. Mai 2014 wies der Beklagte auAngemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung hin und teilte als Richtwert für die Kosten der Unterkunft einen Betrag i. H. v. 377 â∏¬ zuzüqlich etwaiger Wohnzuschläge für bestimmte Stadtteile mit. Dazu führte der Kläger mit Schreiben vom 3. Juni 2014 u. a. aus, dass er bereits im Jahre 2008 und 2011 GesprÄxche gefļhrt habe und danach eine Untervermietung räumlich nicht möglich sei, die Vermieter eine Mietsenkung schriftlich abgelehnt hÃxtten und er sich nach den Aufforderungen 2008/09 und 2011/12 intensiv und nachweislich erfolglos um günstigeren Wohnraum bemüht habe. Mit Mietabsenkungsverlangen vom 26. Februar 2015 teilte der Beklagte dem KlĤger mit, dass der Richtwert für die Kosten der Unterkunft 377 â□¬ betrage und die tatsächliche Miete diesen Richtwert um 233,84 â∏¬ übersteige. Gleichzeitig forderte er ihn auf, bis zum 31. August 2015 nach KostensenkungsmĶglichkeiten

zu suchen und diese Bemühungen nachzuweisen. AuÃ∏erdem kündigte er für den Fall der Nichtvorlage entsprechender Nachweise eine Absenkung auf die angemessene Miete i. H. v. 377 â∏¬ ab dem 1. Oktober 2015 an. Dazu äuÃ∏erte der Kl\tilde{A}\tilde{x}ger sich mit Schreiben vom 17. M\tilde{A}\tilde{x}rz 2015 und wies erneut auf seinen â∏Schufaeintragâ∏ mit negativer Bonität und der fehlenden Möglichkeit zur Untervermietung hin. Au̸erdem würden auf den Beklagten bei einem Wohnungswechsel erhebliche Kosten zukommen. Auch habe er aufgrund der langen Dauer des MietverhĤltnisses eine lange Kündigungsfrist und es sei zweifelhaft, ob der Vermieter einer auÄ∏erordentlichen Kündigung zustimmen werde. Au̸erdem hoffe er, dass es ihm gelinge, aus eigener Kraft die Abhängigkeit durch Arbeitsaufnahme zu beenden. Auch bewerbe er sich laufend besonders um Stellen im Jobcenter und es sei ihm eine Freude, dessen Mitarbeiter hoffentlich bald auch als Kollegen kennenzulernen. Im weiteren Verlauf legte er eine Kopie eines an seine Vermieter gerichteten Schreibens vom 9. MÄxrz 2015 mit Bitte um Senkung der Miete vor â∏∏ dieses Begehren wiesen die Vermieter mit Schreiben vom 14. März 2015 zurück -, auÃ∏erdem die Kopie eines Antrags auf Ausstellung eines sog. Wohnberechtigungsscheins und Ausdrucke von Mietangeboten aus Internetportalen und SuchanfragebestÄxtigungen von Wohnungsbaugesellschaften. Mit Schreiben vom 16. Juni 2015, das am 17. Juni 2015 per Post beim Beklagten einging, legte der Kläger ein Wohnungsexposé über eine 51 gm groÃ∏e Wohnung in Q. vor, aus dem sich eine Kaltmiete i. H. v. 300 â∏¬ und eine Nebenkostenvorauszahlung i. H. v. 153 â□¬ ergab. Zum Angebot formulierte der Beklagte mit Schreiben vom 22. Juni 2015 Nachfragen, woraufhin der KlĤger am 24. Juni 2015 eine Mail der Immobilienmaklerin vorlegte, aus der sich ergab, dass die Wohnung schon anderweitig vermietet worden sei. Darļber hinaus legte er die mit der Immobilienmaklerin geführte E-Mail-Korrespondenz vor, aus der sich u. a. ergab, dass der KlĤger dieser mit E-Mail vom 13. Juni 2015 mitgeteilt hatte, dass er sehr viele Angebote bekomme. Mit weiterer E-Mail vom 15. Juli 2015 übermittelte der Kläger ein weiteres Wohnungsangebot mit einer Warmmiete i. H. v. 441,70 â∏¬ an den Beklagten, woraufhin dieser am 28. Juli 2015 eine Mietýbernahmebescheinigung ausstellte. Die Mitarbeiterin der R. teilte daraufhin mit E-Mail vom 3. August 2015 mit, dass die Wohnung bereits anderweitig vergeben worden sei. Mit Schreiben vom 28. August 2015 erkl\( \tilde{A} \) xrte der Kl\( \tilde{A} \) xger seine weiteren Bemühungen und legte u. a. eine Kopie eines von ihm ausgefüllten Fragebogens der S. für Wohnungsbewerber vom 17. Juni 2015 vor. Daraus ergibt sich, dass er seine Suche auf Wohnungen mit einer Gesamtmiete i. H. v. 350 â∏ und einer maximalen Kaltmiete i. H. v. 300 â∏¬ beschränkt hatte. AuÃ∏erdem beschrÄxnkte er die Suche auf die Stadtmitte/Peripherie und auf Erdgeschoss- und Mittelgeschosswohnungen. Am 22. September 2015 fand eine persĶnliche Vorsprache des KlĤgers beim Beklagten statt. Ein Aktenvermerk über den Inhalt des GesprĤchs befindet sich nicht in der Akte. Der KlĤger legte im weiteren Verlauf weitere Nachweise über Kontaktaufnahmen zu Wohnungsvermittlern vor. Laut E-Mail vom 10. MÃxrz 2016 sprach der KlÃxger erstmals nach einem Jahr Wohnungssuche persĶnlich bei der Wohnungsbaugesellschaft T. (T.) vor. Welche Suchkriterien er dort hinterlegte, ist unklar. In einer E-Mail vom 23. Juni 2016 an eine Wohnungsvermittlungsgesellschaft (U.) erklAxrte der KlAxger, dass das Jobcenter eine maximale Warmmiete von 377 â∏¬ zahle und er sich daran orientieren müsse. Am 22. Juni 2016 forderte der zuständige Sachbearbeiter des

Beklagten den KlĤger telefonisch auf, mit konkreten Mietangeboten vorzusprechen â∏ zuvor hatte der Kläger sämtliche Angebote per E-Mail an den Beklagten gesendet. Mit weiterer E-Mail vom 7. Oktober 2016 teilte der KlAzger dem Beklagten unter BeifA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>gung eines ihm bereits am 28. September 2016 zugegangenen Exposés (Grundmiete 255 â∏¬, Heizkostenvorauszahlung 50 â∏¬, Betriebskostenvorauszahlung 80 â∏¬) mit, dass er eine Wohnung in der V. anmieten könne, wies allerdings gleichzeitig auf erhebliche Folgekosten hin. Ebenfalls am 7. Oktober 2016 wies der KlAzger die Vermieterin (GemeinnA¼tziger Beamten- Wohnungsverein eG [GBV]) darauf hin, dass er starkes Interesse an der Wohnung habe, es im Vorfeld allerdings der KlAzrung einiger bA¼rokratischer, juristischer und finanzieller Einzelheiten/Voraussetzungen mit dem Jobcenter bedürfe. Am 10. Oktober 2016 beantragte der Kläger beim Beklagten â∏∏ diesmal per Telefax â∏ die Erteilung der Mietzusicherung für die Wohnung in der V. und gleichzeitig die ̸bernahme weiterer im Zusammenhang mit einem möglichen Umzug entstehender Kosten i. H. v. insgesamt 6.109,55 â∏¬. Am 12. Oktober 2016 stellte der Beklagte dem KlĤger eine Mietübernahmebescheinigung für diese Wohnung aus und teilte ihm auà erdem mit weiterem Schreiben vom selben Tag mit, dass die Genossenschaftsanteile als Darlehen gewĤhrt werden kĶnnten und er für die Anschaffung einer Küche, einer Waschmaschine und eines Sofas eine Pauschale i. H. v. insgesamt 330 â∏¬ erhalten könne. Die für den Monat der ̸berschneidung entstehenden Kosten der Unterkunft fÃ⅓r die alte Wohnung könnten in Höhe des zurzeit gezahlten Richtwertes weitergewährt werden. Kosten der Einzugsrenovierung kA¶nnten nicht A¼bernommen werden, da eine Wohnung in einem bewohnbaren Zustand übergeben werden müsse. Hinsichtlich der beantragen Umzugskosten bat der Beklagte au̸erdem um Vorlage von drei KostenvoranschlĤgen. Die Zusicherung und das Hinweisschreiben gingen dem Kläger am 14. Oktober 2016 zu. Die für diesen Tag angedachte Mietvertragsunterzeichnung hatte er bereits auf den 18. Oktober 2016, 10 Uhr verschoben. Mit weiterer E-Mail vom Freitag, den 14. Oktober 2016, 20:38 Uhr forderte der KlĤger vom Beklagten eine Barauszahlung des Wertes der Genossenschaftsanteile bis zum 18. Oktober 2016 um 9:20 Uhr, da er bei Vertragsabschluss das Geld zu übergeben habe. Mit E-Mail vom 18. Oktober 2016 teilte der Kläger dem Beklagten schlieÃ∏lich mit, dass der Vorstand des GBV trotz vorheriger Zusage dem Abschluss eines Mietvertrages nicht zugestimmt habe. Er habe den GBV Ã1/4ber den Inhalt des Bescheides vom 12. Oktober 2016 selbstverständlich informiert. Trotz Zusicherung der Ã∏bernahme der Genossenschaftsanteile wĤre ein Umzug ohne Kostenļbernahme der Renovierung und des Umzugs sowie ein Einzug in die Wohnung ohne Kýche und Waschmaschine nicht mĶglich gewesen. Dazu legte der KlĤger ein Absageschreiben des GBW vom 25. Oktober 2016 vor, nach dessen Inhalt der Vorstand sich gegen den Abschluss eines Dauernutzungsvertrags mit dem KlĤger entschieden habe und diese Entscheidung auch künftige Vorgänge betreffe. Im weiteren Verlauf legte der KlĤger zahlreiche an Internetportale gerichtete weitere Kontaktanfragen per E-Mail vor, wobei er bei einigen Kontaktanfragen angab kein Informationsmaterial haben und keinen Besichtigungstermin vereinbaren zu wollen.

Der KlÄxger ist Inhaber einer seit Jahren bestehenden Lebensversicherung bei der

W.. Erstmals in der mündlichen Verhandlung am 30. August 2022 hat er eingeräumt, dass diese auch laufend â∏ von nicht näher bezeichneten Ausnahmen abgesehen â∏ bedient worden ist. Darüber hinaus existieren weitere Versicherungen bei der X., zu denen er auf Nachfrage des Senats keine weiteren Angaben machen konnte. AuÃ∏erdem ist er Inhaber einer â∏ nach seinen Angaben â∏ Sterbegeldversicherung bei der Y.. Nach seinen weiteren Angaben könne es sein, dass er daraus einen Auszahlungsanspruch im Alter habe.

Ab dem 1. Januar 2016 senkte der Beklagte die Kosten der Unterkunft auf den geltenden Miethöchstbetrag i. H. v. 377 â∏¬ ab und berücksichtigte Heizkostenabschläge i. H. v. 84,33 â∏¬. Die Bewilligungszeiträume Januar bis Juni 2016, Juli bis Dezember 2016, Januar bis Mai 2017 und Oktober 2017 bis September 2018 sind Gegenstand der ebenfalls vor dem Senat unter den Aktenzeichen L 15 AS 52/20, L 15 AS 53/20, L 15 AS 114/20 und L 15 AS 106/20 gefÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>hrten Berufungsverfahren. Darüber hinaus blieben zwei vom Kläger vor dem Sozialgericht (SG) Bremen (Aktenzeichen: S 28 AS 2151/15 ER, S 18 AS 2141/17 ER) geführte Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes und die nachfolgend vom Senat entschiedenen Beschwerdeverfahren (Aktenzeichen: L 15 AS 2151/15 B ER, L 15 AS 309/17 B ER) erfolglos. Im weiteren Verlauf stellte der Beklage dem KlĤger auf seine AntrĤge hin zahlreiche Mietübernahmebescheinigungen aus, beispielsweise am 12. Oktober 2016, 13. April 2017, 3. Mai 2017, 6. Dezember 2017, 19. Februar 2018, 22. Februar 2018, 19. April 2018, 9. Mai 2018 für Wohnungen in der Z., AA., der AB., Im AC., AD., AE., AF. und AG. in AH.. Es kam nicht zur Unterzeichnung eines Mietvertrags.

Auf den weiteren Weiterbewilligungsantrag vom 10. August 2018, in dem der Kläger eine Grundmiete von ca. 490 â∏¬, eine Nebenkostenvorauszahlung i. H. v. 150 â∏¬ und eine Heizkostenvorauszahlung i. H. v. 150 â∏¬ erklärte, gewährte 2018 bis September 2019 Leistungen nach dem SGB II i. H. v. 1.023,58 â∏ monatlich (416 â∏¬ Regelbedarf, 523,25 â∏¬ Kosten der Unterkunft, 84,33 â∏¬ Heizkosten). Den dagegen eingelegten Widerspruch begründete der Kläger damit, dass die Bruttowarmmiete zu berücksichtigen sei, so dass sich ein weiterer Leistungsanspruch i. H. v. 182,42 â∏¬ monatlich ergebe. Schon vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 sei der Wohnungsmarkt prekär gewesen. Trotz nachweisbarer Bemühungen und laufender Kontakte zu Wohnungsunternehmen und Internetforen sei es ihm in den letzten 30 Monaten nicht gelungen, eine günstige und freie Wohnung zu finden. Zum Nachweis seiner Bemühungen übersandte er seit 2015 laufend zahlreiche Ausdrucke seiner Kontaktaufnahmen über Wohnungsmarktportale (z. B. immonet, immobilienscout24.de, Deutsche Annington), Ausdrucke seiner Suchanfragen über die Immobilienportale und auch Ausdrucke seiner mit Immobilienmakler gefļhrten Korrespondenz (vgl. z. B. IV, 114 f., wo er die Immobilienmaklerin zwecks Zusammenstellung der Selbstauskunft um Zeit bittet und ankA¼ndigt, in der folgenden Woche nachzufragen, ob die Wohnung noch vakant sei), wobei er bei einigen Kontaktanfragen angab kein Informationsmaterial haben und keinen Besichtigungstermin vereinbaren zu wollen. Nach Aufforderung des Beklagten reichte er ab 2017 noch monatsweise ̸bersichten über seine Bemühungen

ein. Zur weiteren Begründung des Widerspruchs führte der Kläger aus, dass der Beklagte den ihm durch die Verwaltungsanweisung zu  $\frac{A\S}{22}$  SGB II eingeräumten Ermessensspielraum insbesondere aufgrund seiner langen Wohndauer â $\square$  er wohne mittlerweile seit 29 Jahren in der Wohnung â $\square$  nicht ordnungsgemäÃ $\square$  angewandt habe.

Mit Widerspruchsbescheid vom 23. Oktober 2018 wies der Beklagte den Widerspruch des KIägers mit der Begründung zurück, dass dieser weiterhin nicht glaubhaft gemachte habe, dass es ihm unmĶglich sei eine angemessene Wohnung zu finden. Selbst wenn man zu dem Schluss k\tilde{A}\tilde{x}me, dass kein schlüssiges Konzept vorliege, bestehe kein höherer Anspruch, denn der Wert nach  $\hat{A}$ § 12 Wohngeldgesetz betrage f $\hat{A}$ ½r einen Einpersonenhaushalt 434  $\hat{a}$  $\Box$ ¬. Rechne man den Sicherungszuschlag von 10 Prozent dazu, errechne sich eine angemessene Miete i. H. v. 477,40 â∏¬. Mit Ã∏nderungsbescheid vom 7. November 2018 gewĤhrte der Beklagte dem KlĤger für die Monate Oktober 2018 bis September 2019 aufgrund neuer Richtwerte zu den Kosten der Unterkunft Leistungen nach dem SGB II i. H. v. 1.042,33 â∏¬ (Regelbedarf 416 â∏¬, Kosten der Unterkunft 542 â∏¬, Heizkosten 84,33 â∏¬). Grundlage der Verwaltungsanweisung war die Fortschreibung des Konzepts des Instituts F + B aus dem Jahr 2017 durch das Statistische Landesamt AH. (vgl. Methodenbericht vom 12. Oktober 2018) unter Heranziehung des Verbraucherpreisindex (VPI). Au̸erdem sollte die Auszahlung der Miete ab Januar 2019 an den neuen Eigentümer und Vermieter der Immobilie, Herrn Al., dem Sohn der bisherigen Vermieter, erfolgen. Den dagegen eingelegten Widerspruch verwarf der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 16. November 2018 als unzulässig, da der Ã∏nderungsbescheid Gegenstand des laufenden Verfahrens geworden sei. Mit weiterem ̸nderungsbescheid vom 24. November 2018 gewĤhrte der Beklagte dem KlĤger unter Berücksichtigung der RegelbedarfserhĶhung für die Monate Januar bis September 2019 Leistungen nach dem SGB II i. H. v. 1.050,33 â∏¬ monatlich (Regelbedarf 424 â∏¬, Kosten der Unterkunft 542 â∏¬, Heizkosten 84,33 â∏¬). Nachdem der Kläger im Dezember 2018 die Aufnahme einer VollzeitbeschĤftigung mitgeteilt hatte, hob der Beklagte mit weiterem Bescheid vom 4. Dezember 2018 die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ab dem 1. Januar 2019 ganz auf. Nach AnhĶrung vom 8. Januar 2019 hob der Beklagte au̸erdem mit Bescheid vom 17. Januar 2019 die Bewilligung fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Monat Dezember 2018 insgesamt auf und setzte den Erstattungsbetrag auf 1.042,33 â∏¬ fest. Gegen den Aufhebungsbescheid hat der KlĤger Widerspruch eingelegt mit der Begründung, dass der Erstattungsbetrag mit seinen berechtigten Ansprļchen auf weitere Kosten der Unterkunft aus den o. g. weiteren vor dem Senat geführten Berufungsverfahren zu tilgen sei. Insoweit erklĤre er die Aufrechnung. Diesen Widerspruch wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 4. Februar 2019 zurĽck. Die dagegen gerichtete Klage war Gegenstand des ebenfalls vor dem Senat unter dem Aktenzeichen L 15 AS 337/21 geführten Verfahrens. Die Klage hat der Kläger im Berufungsverfahren mit Schriftsatz vom 29. August 2022 zurĽckgenommen.

Der Kläger hat bereits am 26. Oktober 2018 vor dem SG Klage erhoben, die er damit begründet hat, dass die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft und Heizung sekundär sei. Ein Umzug sei unwirtschaftlich â□□ er habe für einen

Umzug ein Volumen von ca. 6.000 â $\Box$ ¬ ermittelt â $\Box$  $\Box$  und aufgrund der langen Wohndauer von 30 Jahren nicht angezeigt. Es sei bei Anmietung der Wohnung im Jahre 1989 nicht absehbar gewesen, dass er 18 Jahre spĤter auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein wÄ $^{1}$ / $^{4}$ rde. Auch sei das der Mietobergrenze zugrundeliegende Konzept des Beklagten nicht schl $\tilde{A}^{1}$ / $^{4}$ ssig. Er bem $\tilde{A}^{1}$ / $^{4}$ he sich seit Jahren nachweislich und intensiv um g $\tilde{A}^{1}$ / $^{4}$ nstigeren Wohnraum, allerdings sei der Wohnungsmarkt eng. Der Beklagte ist dem entgegengetreten mit den Argumenten aus den streitbefangenen Bescheiden.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 19. März 2020 abgewiesen. Zur BegrÃ⅓ndung hat es ausgefÃ⅓hrt, dass der Beklagte kein schlÃ⅓ssiges Konzept zur Ermittlung der Mietobergrenze vorgelegt habe, sodass die Kosten der Unterkunft nach den Tabellenwerten des § 12 Wohngeldgesetz (WoGG) unter BerÃ⅓cksichtigung eines Sicherheitszuschlags von 10 v. H. (hier 477,40 â☐¬) zu ermitteln seien. Vorliegend habe der Beklagte Unterkunftsleistungen Ã⅓ber der Angemessenheitsgrenze gewährt. Aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden Möglichkeiten zur Anmietung von Wohnungen sei auch nicht ersichtlich, warum es dem Kläger nicht möglich gewesen sei, gÃ⅓nstigeren Wohnraum anzumieten.

Der Kläger hat gegen den ihm am 25. Mägrz 2020 zugestellten Gerichtsbescheid am 2. April 2020 Berufung eingelegt, die er ergĤnzend zu den Argumenten aus dem Widerspruchs- und erstinstanzlichen Verfahren damit begründet hat, dass Anspruch auf Zahlung der Bedarfe in tatsÄxchlicher HĶhe bestehe. Erstmals führt er aus, dass ihm auch die tatsÃxchlichen Kosten für Warmwasser und Heizungsenergie zustünden. Es lasse sich weder den angegriffenen Bescheiden noch dem Gerichtsbescheid entnehmen, nach welchem Verfahren die Kosten berechnet worden seien. Er habe Anspruch auf die rechtmäÃ∏ig zu gewährenden Heizkostenvorauszahlungen. Diese wandelten sich nicht bei der Geltendmachung für inzwischen abgelaufene Zeiträume in Anteile einer später durch Abrechnung ermittelten Heizkostenbelastung um. Ein Guthaben sei nur anrechenbar, wenn es tatsÃxchlich ausgezahlt werde und nicht auf Eigenleistungen des LeistungsempfĤngers beruhe. UnabhĤngig davon habe er aufgrund seiner intensiven Umzugsbemühungen Anspruch auf Ã∏bernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung. Seine Suchbemühungen habe er umfangreich nachgewiesen. Die zur Abgrenzung von Luxuswohnungen entwickelte Rechtsprechung sei vorliegend nicht einschläugig, sodass die tatsäuchlichen Kosten der Unterkunft und Heizung zu A¼bernehmen seien. Eine wirksame Bestimmung der Angemessenheitsgrenze sei durch den Beklagten nicht erfolgt. Da der Angemessenheitswert des Beklagten über dem Wert nach der Wohngeldtabelle zzgl. 10 % Sicherheitsaufschlag liege, sei die Wohngeldtabelle selbst nicht geeignet, das Luxuselement abzugrenzen.

## Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Bremen vom 19. März 2020 aufzuheben und den Beklagten unter Ã□nderung des Bescheides vom 17. August 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 23. Oktober 2018 in der Fassung des Ã□nderungsbescheids vom 7. November 2018 zu verurteilen, an den Kläger fþr

die Zeit vom 1. Oktober 2018 bis 30. November 2018 weitere Kosten der Unterkunft und Heizung in tatsĤchlicher HĶhe zu zahlen,

sowie den Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 17. Januar 2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 4. Februar 2019 aufzuheben

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurĽckzuweisen.

Der KlĤger habe keinen Anspruch auf höhere Kosten der Unterkunft und Heizung. Ihm sei seit langer Zeit bekannt gewesen, dass er unangemessen teuer wohne und die Wohnung fýr einen Einpersonenhaushalt unangemessen groÃ $\square$  sei. Auch habe der Kläger die erfolgten Nebenkostenabrechnungen (die mit einem Guthaben abschlossen) nicht berýcksichtigt. Der Kläger habe im streitbefangenen Zeitraum keine tatsächlichen Heizkosten i. H. v. 180 â $\square$ ¬ monatlich gehabt. Für abgelaufene und abgerechnete Zeiträume bestehe allerdings maximal ein Anspruch auf Ã $\square$ bernahme der tatsächlichen Heizkosten. Abschläge seien â $\square$ D basierend auf der Abrechnung vom 29. April 2014 i. H. v. 84,33 â $\square$ ¬ gezahlt worden. Eine Anpassung habe nicht stattgefunden. Nach erstmaliger Vorlage der detaillierten Heizkostenabrechnung für 2018 habe eine Nachberechnung stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, dass für 2018 eine Nachzahlung i. H. v. 137,88 â $\square$ ¬ möglich sei (Anlageheft L 15 AS 52/20 Berechnungshilfe Heizkosten). Der sich aus der Abrechnung ergebende zukünftige Abschlag betrage 95,82 â $\square$ ¬.

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Sach- und Streitstand wird auf die Gerichtsakte und die beigezogenen Akten des Beklagten verwiesen, die Gegenstand der mýndlichen Verhandlung und geheimen Beratung gewesen sind.

Â

# Entscheidungsgründe

Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des SG Bremen vom 19. MĤrz 2020 ist statthaft und zulĤssig, insbesondere nach <u>§ 151</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) form- und fristgerecht eingelegt. Sie ist unbegrļndet.

Gegenstand des Berufungsverfahrens ist der Bescheid des Beklagten vom 17. August 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23. Oktober 2018 in der Fassung des  $\tilde{A}_{\square}$ nderungsbescheides vom 7. November 2018 und des Aufhebungs- und Erstattungsbescheids vom 17. Januar 2019. Das Begehren des Kl $\tilde{A}_{\square}$ gers ist bei verst $\tilde{A}_{\square}$ ndiger W $\tilde{A}_{\square}$ 4rdigung seines Vortrags auf die Gew $\tilde{A}_{\square}$ 4hrung h $\tilde{A}_{\square}$ 9herer Leistungen f $\tilde{A}_{\square}$ 4r Unterkunft und Heizung f $\tilde{A}_{\square}$ 4r die Monate Oktober und November 2018 (vgl. zur m $\tilde{A}_{\square}$ 9lichen Begrenzung des Streitgegenstandes auf die Kosten der Unterkunft und Heizung, weil es sich insoweit um einen abtrennbaren Verf $\tilde{A}_{\square}$ 4gungssatz handelt bereits BSG, Urteil vom 27. Februar 2008  $\hat{a}_{\square}$ 1 B 14 AS 23/07 R  $\hat{a}_{\square}$ 1 juris Rn 12) gerichtet und aufgrund der nach seiner Auffassung durch

Aufrechnungserklärung erloschenen Erstattungsforderung auf die Beseitigung des Aufhebungs- und Erstattungsbescheids vom 17. Januar 2019. Der Ã□nderungsbescheid vom 7. November 2018 ist nach § 96 SGG Gegenstand des Klageverfahrens geworden, da er den sich im Höhenstreit befindenden Ausgangsbescheid vom 17. August 2018 abgeändert hat. Darù⁄₄ber hinaus ist auch der gesamte Aufhebungs- und Erstattungsbescheids vom 17. Januar 2019 nach der Rechtsprechung des BSG insgesamt nach § 96 SGG Gegenstand des Klageverfahrens geworden ist, weil er die ursprù⁄₄nglich streitgegenständliche Leistungsbewilligung vom 17. August 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 23. Oktober 2018 in der Fassung des Ã□nderungsbescheids vom 7. November 2018 teilweise â□□ den Monat Dezember betreffend â□□ ersetzt hat (vgl. dazu grundlegend BSG, Urteil vom 3. September 2020 â□□ B 14 AS 55/19 R â□□ juris Rn. 10 ff.).

Der Kläger hat in den Monaten Oktober und November 2018 keinen Anspruch auf höhere Kosten der Unterkunft als die gewährten i. H. v. 542 â□¬ monatlich. Darüber hinaus hat er keinen Anspruch auf Gewährung höherer Heizkosten als die gewährten i. H. v. 84,33 â□¬ monatlich (dazu unter 2).

Der KlÄger erfä¼llte in den Monaten Oktober und November 2018 die allgemeinen Leistungsvoraussetzungen nach <u>§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u>, so hatte er das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze noch nicht erreicht (Nr. 1), war erwerbsfAxhig i. S. v. <u>A§ 8 Abs. 1 SGB II</u> (Nr. 2), hilfebedA¼rftig i. S. v. <u>A§ 9 Abs. 1</u> Abs. 2 SGB II (Nr. 3) und hatte seinen gewA¶hnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (Nr. 4). Dahinstehen kann, ob er auch hilfebedürftig i. S. v. <u>§Â§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3</u>, <u>9 Abs. 1 SGB II</u> gewesen ist, woran im Hinblick auf die vorhandenen â∏ vom Kläger nicht erklärten â∏ Versicherungen bei der AJ., AK. und X. zumindest Zweifel bestehen. Einer weiteren AufklĤrung bedarf auch nicht der Umstand, dass der KlĤger offensichtlich auch das angebliche Konto seines Bruders bei der AL. zumindest teilweise für die Abwicklung seines Zahlungsverkehrs genutzt hat, denn aus einer vorliegenden Gehaltsabrechnung der AM. für Dezember 2018 folgt, dass das Gehalt des Klägers auf das zuvor genannte Konto, das auf den Namen des Bruders Iäuft, überwiesen worden ist. Einen plausiblen Grund dafür konnte der Kläger in der mündlichen Verhandlung nicht mitteilen, so dass zumindest der Verdacht eines verdeckten Treuhandkontos besteht, zumal der Kläger nach den eigenen Angaben auch im Zusammenhang mit seiner zurÄ1/4ckliegenden Insolvenz Gelder bei seiner Mutter deponiert hatte. Eine Vernehmung der zu dem Beweisthema der DarlehensgewĤhrung benannten Zeugen AN. und L. war deshalb entbehrlich. Auch lassen die unterbliebenen Bemühungen des Klägers um eine Anpassung der Betriebskostenvorauszahlung trotz hoher Gutschriften aus den jeweiligen Jahresabrechnungen 2015, 2016 und 2017 erhebliche Zweifel an der Hilfebedürftigkeit aufkommen. Soweit der Kläger dazu vorträgt, dass er nicht gewusst habe, dass er Anspruch auf Anpassung der Abschläge gehabt habe, schenkt der Senat dieser Behauptungen keinen Glauben, denn der KlĤger ist als ehemaliger Verwaltungsjurist in den leistungsrechtlichen ZusammenhĤngen versiert, was er im ̸brigen auch in sämtlichen Verfahren für sich in Anspruch genommen hat. Letztlich kann die Frage der Hilfebedürftigkeit dahinstehen, da

der KlÄzger jedenfalls keinen hĶheren Anspruch als zuerkannt hat.

1. Der KlÄger hat entgegen seiner Auffassung keinen Anspruch auf die GewĤhrung weiterer Kosten der Unterkunft, da diese nicht angemessen sind im Sinne des <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u>. Dabei hat er zunächst nicht bereits nach Ma̸gabe des <u>§ 22 Abs. 1 S 3 SGB II</u> Anspruch auf Ã∏bernahme seiner tatsÄxchlichen Kosten der Unterkunft. Denn aufgrund der seit dem Leistungsbezug im Jahre 2007 regelmäÃ∏ig erfolgen Aufforderungen, die Unterkunftskosten zu senken â∏∏ zuletzt mit Schreiben vom 26. Februar 2015 â∏∏ ist der ̸bergangszeitraum jedenfalls im Januar 2016 abgelaufen gewesen. Unschädlich ist, dass der Beklagte in der Kostensenkungsaufforderung auf die von ihm damals als ma̸geblich angesehene Mietobergrenze von 377 â∏¬ abgestellt hat, letztlich aber seit dem 1. Januar 2016 eine hA¶here Mietobergrenze festgesetzt hat (477,40 â∏¬ bzw. 523,25 â∏¬ ab MÃxrz 2018 und 542 â∏¬ ab MÃxrz 2018). Denn eine Kostensenkungsaufforderung soll lediglich über den vom Beklagten als angemessen erachteten Mietzins fÃ1/4r die Bruttokaltmiete informieren und den Dialog mit dem LeistungsempfĤnger über die angemessenen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft eröffnen (BSG, Urteil vom 10. September 2013 â∏∏ B 4 AS 77/12 R â□□ juris Rn. 44). Im Ã□brigen sind dem Kläger bereits mit dem ̸nderungsbescheid vom 28. Februar 2017 ab dem 1. März 2017 Kosten der Unterkunft i. H. v. 523,25 â∏¬ gewährt worden, sodass für ihn die Erhöhung der Richtwerte ohne weiteres erkennbar gewesen ist.

Der Beklagte hat mit der Fortschreibung seines Konzepts unter Heranziehung des VPI einen im Sinne des § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II jedenfalls abstrakt angemessenen Betrag fýr die Nettokaltmiete basierend auf dem Fachgutachten des Instituts F + B zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und XII für die Stadt AH. bestimmt. Zur vollen Ã∏berzeugung ist dieser aus Sicht des Senats äuÃ∏erst groÃ∏zügig bemessene Betrag geeignet, den existenzsichernden Bedarf im Bereich Wohnen abzudecken, denn dieser Betrag liegt deutlich über dem Wert der Anlage zu § 12 WoGG â∏∏ rechte Spalte â∏∏ zuzüglich eines Sicherheitszuschlags von 10 %. Entgegen der Auffassung des KIägers besteht kein noch höherer Anspruch, denn die vom Beklagten auf der Grundlage des Gutachtens des Instituts F + B angewandte Methodik ist aufgrund der für bestimmte Stadtteile â∏ u. a. auch für den vom Kläger bewohnten Stadtteil â∏ gewährten Zuschläge nicht schlüssig und führt zur ̸berzeugung des Senats zu Werten, die tendenziell oberhalb der abstrakt angemessenen Unterkunftskosten liegen. Dieser Fehler in der Methodik schlägt auch auf die durch die Fortschreibung ermittelten Werte durch.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) erstreckt sich der unmittelbar verfassungsrechtliche Leistungsanspruch auf GewĤhrleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nur auf diejenigen Mittel, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt erforderlich sind (BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 â $\Box$  1 BvL 1/09 â $\Box$  juris Rn. 135). Nach der Rechtsprechung des BSG ist zur Bestimmung des anzuerkennenden Bedarfs für die Unterkunft grundsätzlich von den tatsächlichen Aufwendungen auszugehen (BSG, Urteil vom 22. September 2009 â $\Box$  B 4 AS 8/09 R â $\Box$  juris Rn. 15 ff; Urteil

vom 30. Januar 2019 â∏∏ B 14 AS 41/18 â∏∏ juris Rn. 14). Will das Jobcenter nicht die tatsÄxchlichen Aufwendungen als Bedarf anerkennen, weil es sie fļr unangemessen hoch hÄxlt, muss es grundsÄxtzlich ein Kostensenkungsverfahren durchfýhren und der leistungsberechtigten Person den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang der Aufwendungen mitteilen (BSG, Urteil vom 15. Juni 2016 â∏ B 4 AS 36/15 R â∏ juris Rn. 16; Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 â∏∏ juris Rn. 14). Bei dem entscheidenden gesetzlichen Tatbestandsmerkmal des <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u>, der â∏Angemessenheitâ∏, handelt es sich nach ebenfalls stĤndiger Rechtsprechung des BSG um einen unbestimmten Rechtsbegriff (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 â∏∏ juris Rn. 15 m. w. N.; Urteil vom 12. Dezember 2017 â∏∏ B 4 AS 33/16 R â∏∏ juris Rn. 14). Bei der Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs, gegen dessen Verwendung keine durchgreifenden Bedenken bestehen, sind auch die Wertungen der fýr die sog. Satzungslösung geschaffenen Regelungen der <u>§Â§ 22a</u> bis <u>22c</u> SGB II zu berücksichtigen. Die Regelungen der §Â§ 22a bis 22c SGB II sind im direkten Zusammenhang mit der Norm des <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> in das Gesetz eingefügt worden, um den Bedarf für Kosten der Unterkunft und Heizung transparent und rechtssicher zu regeln (vgl. BT-Drucks 17/3404, S. 44). Dabei ist der Gesetzgeber von der Rechtsprechung des BSG zu <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> ausgegangen und hat teils ýbereinstimmende, teils davon abweichende Vorgaben an den Satzungsgeber normiert. Fýr die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft sollten weiterhin die einfachen Standards auf dem Ķrtlichen Wohnungsmarkt ma̸geblich sein. In <u>§ 22b Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> hat der Gesetzgeber sodann die â∏∏Produkttheorieâ∏∏ normiert. Gleichzeitig hat er in Kenntnis der Rechtsprechung des BSG den Satzungsgebern die MA¶glichkeit eröffnet, von der â∏bisherigen Rechtslageâ∏ (BT-Drucks 17/3404, S. 101) abweichende Regelungen vorzusehen (§ 22a Abs. 2, § 22b Abs. 1 Satz 3 SGB II). Der Gesetzgeber hat also mit §Â§ 22a bis 22c SGB II die Auslegung des § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II durch das BSG gesetzlich nachvollzogen, wonach die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft nach Ma̸gabe der Produkttheorie auf Grundlage eines schlA1/4ssigen Konzepts zu bestimmen ist. Damit bleiben zwar durchaus EntscheidungsspielrĤume für Behörden und Gerichte, insbesondere mit Blick auf das schlA¼ssige Konzept, doch ist die Auslegung des A§ 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II begrenzt (vgl. dazu BVerfG vom 6. Oktober 2017 â∏ 1 BvL 2/15, 1 BvL 5/15 â∏ juris Rn. 17; BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 R â∏ juris Rn.16). Die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe und damit auch der Begriff der Angemessenheit durch die Verwaltung ist dabei grundsÄxtzlich gerichtlich voll überprüfbar (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 R â∏∏ juris Rn. 17 m. w. N.).

Nach MaÃ $\square$ gabe dieser Vorgaben ist die Angemessenheit von Kosten der Unterkunft in einem mehrstufigen Verfahren zu ermitteln (vgl. bereits BSG, Urteile vom 7. November 2006 â $\square$  B 7b AS 18/06 R sowie B 7b AS 10/06 R â $\square$ 0. In einem ersten Schritt sind die abstrakt angemessene WohnungsgröÃ $\square$ e und der Wohnungsstandard zu bestimmen, wobei als angemessen die Auf-wendungen fÃ $^1$ /4r eine solche Wohnung gelten, die nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz einfachen und grundlegenden BedÃ $^1$ /4rfnissen genÃ $^1$ /4gt und keinen gehobenen Wohnstandard aufweist; die Wohnung muss im unteren Segment der nach der

GröÃ∏e in Betracht kommenden Wohnungen in dem räumlichen Bezirk liegen, der den Vergleichsma̸stab bildet (BSG, Urteil vom 2. Juli 2009 â∏∏ B 14 AS 33/08 R â∏∏ juris Rn. 16). In einem zweiten Schritt wird festgelegt, auf welche konkreten räumlichen Gegebenheiten als räumlichen VergleichsmaÃ∏stab für die weiteren Prüfungsschritte abzustellen ist. AnschlieÃ∏end ist zu ermitteln, wie viel für eine nach GröÃ∏e und Standard abstrakt als angemessen eingestufte Wohnung auf dem für die leistungsberechtigte Person maÃ∏geblichen Wohnungsmarkt aufzuwenden ist. Dabei ist grundsÄxtzlich nicht nur auf die tatsÃxchlich am Markt angebotenen Wohnungen abzustellen, sondern auch auf vermietete Wohnungen. Allgemein vertreten wird heute die so genannte Produkttheorie, wonach nicht beide Faktoren (WohnungsgrĶÄ∏e und Wohnungsstandard â∏∏ letzterer ausgedrückt durch Quadratmeterpreis) â∏∏ je für sich betrachtet â∏angemessenâ∏ sein müssen, solange jedenfalls das Produkt aus WohnflÄxche (Quadratmeterzahl) und Standard (Mietpreis je Quadratmeter) eine insgesamt angemessene Wohnungsmiete (Referenzmiete) ergibt (zum Ganzen bereits BSG, Urteil vom 19. Februar 2009 â∏∏ B 4 AS 30/08 R â∏∏ iuris Rn. 13).

Um ein gleichmäÃ∏iges Verwaltungshandeln innerhalb des Vergleichsraums zu gewĤhrleisten, muss die Ermittlung der regionalen Angemessenheitsgrenze auf Grundlage eines überprüfbaren â∏schlüssigen Konzeptsâ∏ erfolgen (ständige Rechtsprechung seit BSG, Urteil vom 18. Juni 2008 â∏ B 14/7b AS 44/06 R). Das schlüssige Konzept soll die hinreichende Gewähr dafür bieten, dass die aktuellen Verhäxltnisse des änrtlichen Mietwohnungsmarktes wiedergegeben werden. Dabei muss der GrundsicherungstrĤger nicht zwingend, darf aber auf einen einfachen oder qualifizierten Mietspiegel i. S. d. <u>§Â§ 558c</u>, <u>558d BGB</u> abstellen. Entscheidend ist jedoch, dass den Feststellungen des GrundsicherungstrĤgers ein Konzept zu Grunde liegt, das im Interesse der ̸berprüfbarkeit des Ergebnisses schlüssig und womit die Begrenzung der tatsächlichen Unterkunftskosten auf ein â∏angemessenes MaÃ∏â∏∏ hinreichend nachvollziehbar ist (BSG, Urteil vom 22. September 2009 â∏ B 4 AS 18/09 R â∏ juris Rn. 18). Ein Konzept ist ein planmäÃ∏iges Vorgehen des GrundsicherungstrĤgers im Sinne der systematischen Ermittlung und Bewertung genereller, wenngleich orts- und zeitbedingter Tatsachen für sämtliche Anwendungsfälle im maÃ∏geblichen Vergleichsraum und nicht nur ein punktuelles Vorgehen von Fall zu Fall. SchlA¼ssig ist das Konzept nach hA¶chstrichterlicher Rechtsprechung (vgl. erstmals BSG, Urteil vom 22. September 2009 â∏ B 4 AS 18/09 R â∏ juris Rn. 19), wenn es mindestens die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

â□ Die Datenerhebung darf ausschlie $\tilde{A}$ □lich in dem genau eingegrenzten und muss  $\tilde{A}^{1}$ /4ber den gesamten Vergleichsraum erfolgen (keine Ghettobildung),

 $\hat{a}_{\Box}$  es bedarf einer nachvollziehbaren Definition des Gegenstandes der Beobachtung, z.B. welche Art von Wohnungen  $\hat{a}_{\Box}$  Differenzierung nach Standard der Wohnungen, Brutto- und Netto-miete (Vergleichbarkeit), Differenzierung nach Wohnungsgr $\tilde{A}$  $\tilde{A}_{\Box}$ e,

â∏ Angaben żber den Beobachtungszeitraum,
â□□ Festlegung der Art und Weise der Datenerhebung (Erkenntnisquellen, z.B. Mietspiegel),
â∏ Repräsentativität des Umfangs der eingezogenen Daten,
â∏ Validität der Datenerhebung,
â□□ Einhaltung anerkannter mathematisch-statistischer Grundsätze der Datenauswertung und
â∏ Angaben über die gezogenen SchlÃ⅓sse (z.B. Spannoberwert oder Kappungsgrenze).

Dabei hat das BSG bereits in mehreren Entscheidungen (vgl. u. a. Urteil vom 5. August 2021 â<sub>□□</sub> <u>B 4 AS 82/20</u> â<sub>□□</sub> juris Rn. 34 m. w. N.) darauf hingewiesen, dass die gerichtliche Verpflichtung zur Amtsermittlung ihre Grenze in der Mitwirkungslast der Beteiligten finde, die bei im Streit stehenden Kosten der Unterkunft dadurch geprÄxgt sei, dass die Methodenauswahl dem Job-center vorbehalten sei und es nicht Aufgabe des Gerichts sei, ein unschlļssiges Konzept mit sachverstĤndiger Hilfe schlüssig zu machen. Einer ins Einzelne gehenden Ã∏berprüfung bestimmter Detailfragen, worunter auch Einzelheiten der Repräxsentativitäxt und ValiditÄxt der dem konkreten Konzept zugrunde gelegten Daten zu fassen seien, bedürfe es daher erst dann, wenn fundierte Einwände erhoben würden, die insbesondere ýber ein Bestreiten der Stimmigkeit bestimmter Daten hinausgehen mÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ssten, oder die auf eine Verletzung der in <u>§ 22c SGB II</u> fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r eine Satzungsregelung enthaltenen Vorgaben zur Datenerhebung, -auswertung und -überprüfung hindeuteten (BSG, Urteil vom 17. September 2020 â∏ B 4 AS 22/20 R â∏∏ juris Rn. 30). Im Ã∏brigen könne es auch ausreichen â∏∏ so das BSG weiter -, unter Auswertung der mittlerweile vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Erstellung schlA¼ssiger Konzepte (vgl. insbesondere den Forschungsbericht 478 des Bundesministeriums fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Arbeit und Soziales zur Ermittlung existenzsichernder Bedarfe fýr Unterkunft und Heizung, Institut Wohnen und Umwelt, 2017, verĶffentlicht auf www.bmas.de [folgend Forschungsbericht 478]) und allgemeiner Publikationen zum Ķrtlichen Wohnungsmarkt die gewĤhlte Methode zu identifizieren und ihre fachliche Umsetzung im Allgemeinen â∏ ggf. unter besonderer Würdigung der mit ihr verbundenen SchwĤchen â∏ zu überprüfen (BSG, Urteile vom 17. September 2020 â∏∏ <u>B 4 AS 22/20 R</u> â∏∏ juris Rn. 24).

Im Rahmen dieser höchstrichterlichen Vorgaben ist dem GrundsicherungstrÃxger bei der Erstellung eines KdU-Konzepts danach Methodenfreiheit einzurÃxumen (BSG, Urteil vom 18. November 2014 â $_{0}$  B 4 AS 9/14 R â $_{0}$  juris Rn. 19 ff.; ebenso: Landessozialgericht [LSG] ThÃ $^{1}$ 4ringen, Urteil vom 8. Juli 2015 â $_{0}$  L 4 AS 718/14 â $_{0}$  juris Rn. 41). Diese Schlussfolgerung beruht darauf, dass durch die Rechtsprechung des BSG die Bestimmung der Höhe der regionalen Angemessenheitsgrenze in die HÃxnde der Jobcenter gelegt worden ist. Lediglich

der methodische Rahmen zur Bestimmung der Angemessenheitsgrenze ist durch die Forderung nach einem schlä½ssigen Konzept vorgegeben (Knickrehm, Soziale Sicherheit 2015, 287, 289). In diesem Sinne richtet sich die gerichtliche Ä\[
\text{berpr}\tilde{A}\]\text{fung auf diesen dem Grundsicherungstr}\tilde{A}\]\text{ger einger}\tilde{A}\]\text{umten} Gestaltungsspielraum. Sie l\tilde{A}\]\text{ssich mit der Faustformel }\tilde{a}\]\[
\text{Controllierte}\]\text{Methodenfreiheit bei Methodenvielfalt}\tilde{a}\]\[
\text{(so: Knickrehm a. a. O., S. 287 ff.)}\]\text{umschreiben. Die Sozialgerichte sind dagegen weder befugt noch dazu berufen, im Wege der Einbeziehung aller denkbaren Faktoren selbst eine optimale Bestimmung der Angemessenheitsgrenze zu bewirken, sondern ein Konzept auf seine Schl\tilde{A}\]\text{4ssigkeit und die Gew\tilde{A}\]\text{hrleistung der Existenzsicherung im Bereich Wohnen zu \tilde{A}\]\text{4berpr}\tilde{A}\]\text{4fen (vgl. Knickrehm, a. a. O., S. 289).

Zutreffend hat der Beklagte (vgl. Nr. 5.1 Verwaltungsanweisung 2017 bzw. 2018) zunächst bei der Bestimmung der angemessenen WohnungsgröÃ $\square$ e auf die anerkannten WohnungsgröÃ $\square$ en fÃ $^1$ ⁄4r Wohnberechtigte im sozialen Wohnungsbau i. V. m. dem Bremischen Wohnungsbindungs-gesetz (BremWoBindG) vom 18. November 2008 zurÃ $^1$ ⁄4ckgegriffen (dazu BSG, Urteil vom 7. November 2006 â $\square$  B 7b AS 18/06 R â $\square$  juris Rn. 19 und Urteil vom 18. Juni 2008 â $\square$  B 14/7b AS 44/06 R â $\square$  juris Rn. 12), wonach fÃ $^1$ ⁄4r Alleinstehende eine WohnungsgröÃ $\square$ e von 50 qm angemessen ist. Die Wohnung des KlÃ $\square$ gers Ã $\square$ 4bersteigt mit einer GröÃ $\square$ e von 88 qm diesen Wert um 38 qm und damit erheblich.

Der KlÄger hat im streitbefangenen Zeitraum keinen Anspruch auf hĶhere Kosten der Unterkunft als die gewĤhrten. Die anerkannten Richtwerte beruhen zur ̸berzeugung des Senats auf einem nicht schlüssigen Konzept â∏∏ was sich allerdings zugunsten des KlĤgers auswirkt und deshalb nicht zur GewĤhrung noch hA¶herer Kosten der Unterkunft fA¼hrt. Dabei kann es letztlich dahinstehen, ob der Beklagte nach Fortschreibung eines Konzepts auch fýr zurückliegende ZeitrĤume (hier fýr März bis September 2018) die Angemessenheit etwaiger Kosten der Unterkunft und Heizung begründen kann. Das schlüssige Konzept muss grundsAxtzlich bereits im Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung vorliegen (vgl. Berlit in LPK-SGB II, 7. Auflage 2021, § 22 Rn. 93; BSG, Urteil vom 19. Oktober 2010 â∏ B 14 AS 2/10 R â∏ juris Rn. 21); nachträglich erstellte, tragfähige Konzepte sind nicht unmittelbar anwendbar, kA¶nnen aber RA¼ckschlA¼sse auf die Angemessenheit im ma̸geblichen Zeitraum zulassen (Berlit a. a. O. Rn. 93). Aus dem vorliegenden Fachgutachten des Instituts F+B und der darauf beruhenden Fortschreibung durch das Statistische Landesamt IAxsst sich hingegen nicht der Schluss ziehen, dass die abstrakt angemessenen Kosten der Unterkunft im streitbefangenen Zeitraum noch über den gewährten gelegen haben. Der Senat ist vielmehr überzeugt, dass dieses Konzept aufgrund der gewährten ZuschlĤge bereits methodisch nicht geeignet ist die Angemessenheitsgrenzen nachvollziehbar zu ziehen, sondern vielmehr zu tendenziell überhöhten Werten führt. Nicht dem Existenzminimum zuzuordnen sind â∏ auch unter Heranziehung der dargestellten verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, die bei der Auslegung des <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> die Berücksichtigung der zu den Satzungsregelungen kodifizierten Wertungen fordert â∏ weitere politische Ziele. Zu beachten ist in diesen Zusammenhang, dass eine den Mietpreis erhĶhende Wirkung durch die Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft

und Heizung zu vermeiden ist (vgl. <u>§ 22a Abs. 3 Nr. 1 SGB II</u>).

In ̸bereinstimmung mit der dargestellten Rechtsprechung des BSG, der der Senat folgt, bildet das Konzept des Instituts F + B zunĤchst den einfachen Standard anhand des Nettokaltmiet-preises ab. Dabei leitet das Konzept des Beklagten den einfachen Wohnwertstandard nicht aus der Kombination von Merkmalen mit geringem Wohnwert ab, sondern über die â∏untere örtlicheâ∏ Miethöhe, was auf der schlA¼ssigen Annahme beruht, dass wohnwerterhA¶hende Wohnungen eine vergleichsweise hA¶here Miete haben als wohnwertniedrigere. Dieser häufigkeitsorientierte Ansatz ist nicht zu beanstanden (vgl. dazu BSG, Urteil vom 12. Dezember 2017  $\hat{a} \sqcap B 4 AS 33/16 R \hat{a} \sqcap D$  juris Rn. 15, wonach sich das Produkt aus WohnflĤche und Standard in der Wohnungsmiete niederschlĤgt; BSG, Urteil vom 18. November 2011 â∏ B 4 AS 9/14 â∏ juris 19 ff., wonach es nicht erforderlich ist, sĤmtliche Wohnwertmerkmale regelmĤÄ∏ig unabhĤngig von der Art des schlüssigen Konzepts in einem vorgeschalteten Schritt abschlieÃ∏end zu definieren; LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 16. August 2018 â□□ L 19 AS 2334/17 â∏∏ juris Rn. 84 m. w. N.; Forschungsbericht 478 S. 39, 54, 200). Substandardwohnungen  $\hat{a} \square \square$  namentlich solche, die nicht zumindest auch  $\tilde{A}^{1/4}$ ber ein Bad und Innen-WC sowie eine Sammelheizung verfA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>gen (vgl. dazu BSG, Urteil vom 13. April 2011 â∏∏ <u>B 14 AS 85/09 R</u> â∏∏ juris Rn. 23) â∏∏ wurden zudem im Rahmen der Datenerhebung zum hier zu beurteilenden Konzept ausgesondert (vgl. S. 8 Fachgutachten F + B).

Es ist weiter nicht zu beanstanden, dass der Beklagte den Vergleichsraum auch auf der Grundlage des Fachgutachtens des Instituts F + B (unter Hinweis auf das Urteil des BSG vom 26. Mai 2011 â∏∏ B 14 AS 132/10 â∏∏) auf das Gebiet der Stadt AH. (ohne AO.) festgelegt hat. Der Vergleichsraum ist der Raum, fýr den ein grundsÄxtzlich einheitlicher abstrakter Angemessenheitswert zu ermitteln und innerhalb dessen einer leistungsberechtigten Person ein Umzug zur Kostensenkung grundsÃxtzlich zumutbar ist sowie ein nicht erforderlicher Umzug nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II zu einer Deckelung der Aufwendungen auf die bisherigen fýhrt (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019  $\hat{a} \square \square B 14 AS 24/18 R \hat{a} \square \square Juris Rn. 22). Der$ Vergleichsraum ist ein ausgehend vom Wohnort der leistungsberechtigten Person bestimmter ausreichend gro̸er Raum der Wohnbebauung, der aufgrund rĤumlicher NĤhe, Infrastruktur und insbesondere verkehrstechnischer Verbundenheit einen insgesamt betrachtet homogenen Lebens- und Wohnbereich bildet (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 R â∏∏ juris Rn. 21). Persönliche Umstände wie etwa das (nähere) soziale und schulische Umfeld minderiĤhriger schulpflichtiger Kinder, Alleinerziehender oder behinderter oder pflegebedürftiger Menschen bzw. der sie betreuenden Familienangehörigen begründen hingegen keine abweichende Bestimmung des maÃ∏geblichen Vergleichsraumes (BSG, Urteil vom 22. August 2012 â∏ B 14 AS 13/12 R â∏ juris Rn. 21). Einer sog. â∏Ghettobildungâ∏∏ wird dadurch begegnet, dass hinsichtlich der Referenzmieten zwar auf Mieten für Wohnungen mit bescheidenem Zuschnitt abgestellt wird, insoweit aber nicht einzelne, besonders heruntergekommene und daher billige Stadtteile herausgegriffen werden dürfen, sondern auf Durchschnittswerte des unteren Mietpreisniveaus im gesamten Stadtgebiet bzw. räumlichen Vergleichsraum abzustellen ist (BSG, Urteil vom 19. Februar 2009 â∏

B 4 AS 30/08 R â ☐ juris Rn. 21). Danach gilt der Vergleichsraum i. d. R. auch als Bereich, innerhalb dessen Daten ausgewertet werden mÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ssen (BSG, Urteil vom 22. September 2009  $\hat{a} \sqcap \underline{B} + \underline{A} + \underline{A} + \underline{B} + \underline{A} + \underline{B} + \underline{A} + \underline{$ Zuständigkeitsgebiet eines Jobcenters â∏ hier der AP. â∏ grundsätzlich einen Vergleichsraum, der indes aufgrund der Ķrtlichen Gegebenheiten in mehrere VergleichsrĤume zu unterteilen sein kann, für die jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmt werden kA¶nnen (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019  $\hat{a} \sqcap \exists 14 \text{ AS } 24/18 \text{ R}$  Satz 4 SGB II enthaltenen Wertung, wonach die Kreise und kreisfreien StÄxdte ihr Gebiet in mehrere VergleichsrĤume unterteilen kĶnnen, fļr die sie jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmen. Die <u>§Â§ 22a</u> bis <u>22c SGB II</u> formulieren zwar die Anforderungen an eine kommunale Satzung zur Regelung der angemessenen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung und regeln keine Vorgaben für die Erstellung schlüssiger Konzepte. Die dortigen Vorgaben haben allerdings nach den oben dargestellten AusfÄ1/4hrungen des BVerfG orientierende Wirkung auch fýr die Auslegung des <u>§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> dahingehend, dass Kriterien, die der Gesetzgeber fýr die Erstellung von Satzungen legitimiert hat, auch legitime Kriterien für die Erstellung schlüssiger Konzepte sind (BSG, Urteil vom 17. September 2020 â∏∏ <u>B 4 AS 22/20 R</u> â∏∏ juris Rn. 33). Als solche örtlichen Gegebenheiten kommen weniger unterschiedliche Landschaften, sondern eher räumliche Orientierungen, wie Tagespendelbereiche für Berufstätige oder die Nähe zu Ballungsräumen, sowie aus der Datenerhebung ersichtliche, deutliche Unterschiede im Mietpreisniveau in Betracht (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 24/18 R â∏∏ juris Rn. 23). Zu einer eigenen Festlegung des Vergleichsraums ist das Gericht dabei nicht befugt, und auch nicht zur Erstellung eines eigenen schlüssigen Konzepts â□□ ggf. mit Hilfe von Sachverständigen (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏∏ <u>B 14 AS 41/18</u> â∏∏ juris Rn. 28). So ist nach der Rechtsprechung des BSG beispielsweise bei einem FlĤchenlandkreis, wenn das zustĤndige Jobcenter von einem Vergleichsraum fýr den gesamten Landkreis ausgeht, nicht zuläxssig, dass das Gericht diesen Vergleichsraum unterteilt und z.B. jede einzelne Kommune im Landkreis als eigenen Vergleichsraum ansieht. Denn die Entscheidungen A<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ber den Vergleichsraum und das schlA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ssige Konzept (bzw. die zugrundeliegende Methode) korrespondieren miteinander. Die Bildung des Vergleichsraums kann nicht von der Erstellung des Konzepts getrennt werden, einschlieÄ

lich der anzuwendenden Methode, und sind dem Jobcenter vorbehalten (BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 R â∏∏ juris Rn. 28).

Die Festlegung des gesamten Stadtgebiets AH. als Vergleichsraum begegnet danach keinen rechtlichen Bedenken. Eine Stadt dieser GröÃ□enordnung (ca. 550.000 Einwohner im streitbefangenen Zeitraum) stellt einen ausreichend groÃ□en Raum der Wohnbebauung mit zusammenhängender Infrastruktur und insbesondere verkehrstechnischer Verbundenheit, also einen insgesamt homogenen Lebens- und Wohnbereich dar (vgl. zu diesen Vorgaben: BSG, zuletzt Urteil vom 16. Juni 2015 â□□ B 4 AS 45/14 R â□□ juris Rn 16). Die Festlegung entspricht auÃ□erdem der obergerichtlichen bzw. höchstrichterlichen Rechtsprechung zu vergleichbaren Landeshauptstädten (vgl. etwa: BSG, Urteil vom 18. November 2014 â□□ B 4 AS 9/14 R â□□ juris Rn. 18 ff. [Dresden]; Urteil vom 26. Mai 2011 â□□ B 14 AS 132/10 R â□□ juris Leitsatz Nr. 3 [Bremen]; Urteil vom 10.

September 2013  $\hat{a} \square B 4 AS 77/12 R \hat{a} \square Juris Rn. 22 [Mýnchen]; LSG Schleswig-Holstein, Urteil vom 19. Mai 2014 <math>\hat{a} \square L6 AS 18/13 \hat{a} \square Und BSG, Urteil vom 22. August 2021 <math>\hat{a} \square B 14 AS 13/12 R$  [Kiel]). Die einzelnen Stadtteile sind in AH. verkehrstechnisch gut miteinander verbunden und es gibt im gesamten Stadtgebiet nachgefragte Wohnungen und weniger begehrten Wohnraum.

Die Datenerhebung erfolgte durch eine sich auf das gesamte Stadtgebiet erstreckende Mietwerterhebung, die sich einerseits an die Wohnungswirtschaft richtete und andererseits an private Eigentümer, die als Unterstichprobe aus einer 50 %-Stichprobe der Grundsteuer ermittelt wurden. Die Datenerhebung bezog sich demnach nicht auf einzelne preiswerte Stadtgebiete, sondern auf den gesamten Vergleichsraum. Es kann allerdings nicht festgestellt werden, dass die erhobenen Daten repr\( \tilde{A} \tilde{x} sentativ sind, woraus die Unschl\( \tilde{A} \tilde{4} ssigkeit des Konzepts folgt. Es ist nicht gewährleistet, dass die Vermieterstruktur in AH. â∏ d.h. das Verhältnis zwischen Klein- und Gro̸vermietern â∏∏ ausreichend berücksichtigt worden ist. Die ReprÄxsentativitÄxt ist eine Eigenschaft von Datenerhebungen, die es ermĶglicht, aus einer kleineren Stichprobe Aussagen über eine wesentlich gröÃ∏ere Gesamtmenge zu treffen. Voraussetzung dafýr ist, dass die Teilerhebung in der Verteilung aller interessierenden Merkmale der Gesamtmasse entspricht, d.h., ein zwar verkleinertes, aber sonst wirklichkeitsgetreues Abbild darstellt (vgl. Berekoven/Eckert/Ellenrieder, Marktforschung: Methodische Grundlagen und praktische Anwendung, 12. Auflage 2009, S. 50). Die Stichprobe/Erhebung muss in ihrer Zusammensetzung und in der Struktur der relevanten Merkmale der Grundgesamtheit mĶglichst Ĥhnlich sein. Dies bedeutet im Rahmen der Prüfung der Schlüssigkeit der Ermittlung der angemessenen Referenzmiete, dass ein breites Spektrum der Mietwohnungen unter Berücksichtigung der tatsÃxchlichen VerhÃxltnisse des örtlichen Wohnungsmarkts in die Datenerhebung Eingang gefunden haben muss. Nur Wohnraum, der keinen Aufschluss über die örtlichen Gegebenheiten gibt, kann unberücksichtigt bleiben (s.o., Seite 16). Die Frage, welche Wohnungen dies sind, kann regelmäÃ∏ig nicht generell beantwortet werden, sondern ist unter Beachtung der regionalen VerhĤltnisse im Vergleichsraum zu bestimmen und gerichtlich zu überprüfen (vgl. BSG, Urteil vom 18. November 2014 â∏ <u>B 4 AS 9/14 R</u> â∏∏ juris Rn. 25). Eine Stichprobenauswertung kann danach nur dann als reprĤsentativ bezeichnet werden, wenn alle wesentlichen Teilgruppen der Grundgesamtheit entsprechend ihres Anteils in der Stichprobe enthalten sind (vgl. BSG, Urteil vom 5. August 2021 â∏ B 4 AS 82/20 R â∏ juris Rn. 40; BSG, Urteil vom 3. September 2020 â∏∏ <u>B 14 AS 34/19 R</u> â∏∏ juris Rn 33; zu dem Verhältnis Kleinvermieter/Gro̸vermieter, BSG, Urteil vom 3. September 2020 â∏∏ B 14 AS 37/19 â∏∏ juris Rn. 33) bzw. bei der Auswertung entsprechend gewichtet werden. Nach der Rechtsprechung des BSG reicht es dabei nicht aus, dass überhaupt private Vermieter berücksichtigt worden sind, sondern diese müssen entsprechend ihrem Anteil in der Stichprobe enthalten sein (BSG, Urteil vom 5. August 2021 â∏ B 4 AS 82/20 R â∏ juris Rn. 40), was ggf. durch eine entsprechende Gewichtung zu erreichen ist. Dem vorliegenden Fachgutachten IÃxsst sich bereits nicht entnehmen, wie sich der Gesamtbestand des Mietwohnungsbestandes in AH. auf Klein- und institutionelle Vermieter verteilt und daraus folgend, ob ggf. die Gruppe der institutionellen Vermieter in der Stichprobe

überproportional vertreten ist. Unter 3.1.3 des Fachqutachtens wird der Umfang der Datenerhebung nĤher beschrieben. Daraus ergibt sich, dass der Mietwerterhebung mehrere Komponenten zugrunde liegen. Einerseits erfolgte die Beteiligung der Wohnungswirtschaft, anderseits wurden aus der Unterstichprobe private Eigentümer angeschrieben, wobei angestrebt wurde, rund 50 % aller Objektanschriften je Ortsteil als Auswertungsgrundlage zu verwenden. Aus dieser Datengrundlage wurde wiederum eine Stichprobe ausgewĤhlt, wobei eine möglichst gleichmäÃ∏ige regionale Verteilung angestrebt wurde. Die Zahl der erreichten Wohnungen konnte aufgrund der Informationen allerdings nicht ermittelt werden, so dass letztlich nicht zu klären ist, ob die Kleinvermieter â∏ entsprechend ihrem Marktanteil ausreichend (gewichtet) in der Datengrundlage abgebildet worden sind. Damit ist jedenfalls nicht auszuschlie̸en, dass der Anteil der Gro̸vermieter überproportional berücksichtigt worden ist. Nach Ziffer 2 (vgl. S. 10) bzw. Ziffer 3.1.3 (vgl. S. 14) des Fachgutachtens wurden im Ã□brigen insgesamt 56351 Mietwohnungen erfasst, wovon 53.638 DatensÃxtze aus der Wohnungswirtschaft stammen (11 Unternehmen) und lediglich 2.713 â∏ was einem Anteil von 4,814 % entspricht â∏ aus der Gruppe der privaten Vermieter. Die Frage, ob damit der AQ. Mietwohnungsmarkt realitÄxtsnah reprÄxsentiert wird â∏ oder ob ggf. bedingt durch das unterschiedliche Anwortverhalten der Vermietertypen oder aufgrund der (wahrscheinlich) unterschiedlichen Mietstruktur eine Gewichtung erforderlich gewesen wAxre, bleibt offen. Der Senat sah sich nicht veranlasst, dem Beklagten hinsichtlich der fehlenden ReprĤsentativitĤt der Daten Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben, da der Beklagte â∏ wie bereits ausgeführt â∏ in der mündlichen Verhandlung nochmals ausdrücklich erklÃxrt hat, dass er sich zu einer Nachbesserung nicht in der Lage sehe.

Das Konzept des Beklagten ist auch aus einem weiteren Grund unschlä<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ssig. Die gewährten Stadtteilzuschläge für zehn (AR., AS., AT. AU. und AV. [ohne AW.] 10 %, O., AX. 15 %, AY., AZ., BA. und BB. 25 %) der insgesamt 23 Stadtteile und des gesondert betrachteten Bereichs der AX. ist weder dem Grunde, noch der HA¶he nach nachvollziehbar. Es fehlt im Hinblick auf die miet-preistreibende Wirkung (vgl. grundlegend Forschungsbericht 478) erhå¶hter Mietobergrenzen an einer sachlich schlüssigen Herleitung und nachvollziehbaren Begründung. Vorliegend sind neben den Neuvertragsmieten der letzten vier Jahre vor dem Stichtag auch Angebotsmieten bei der Erstellung des Konzepts erhoben und berļcksichtigt worden. Bestandsmieten, d. h. in diesem Fall MietvertrĤge, die bereits vier Jahre vor dem Stichtag (1. März 2016) abgeschlossen gewesen sind, haben â∏∏ entgegen der wohl vom Kläger vertretenen Auffassung â∏ keine Berücksichtigung gefunden, was im Hinblick auf § 22a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1, § 22 c Abs. 1 Satz 3 SGB II Zweifel an der realitÄxtsgerechten Abbildung des Ķrtlichen Wohnungsmarktes aufkommen l\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)sst (vgl. dazu BSG, Urteil vom 3. September 2020 â∏∏ B 14 AS 34/19 R â∏∏ juris Rn. 27). Die Berücksichtigung von Angebotsmieten erfolgte sodann in einem weiteren Schritt in einem sog. iterativen (Annährungs-)Verfahren. Dabei ist laut dem vorliegenden Konzept zunächst in einem ersten Schritt auf Basis der erhobenen Neuvertragsmieten der letzten vier Jahre â∏ die in den letzten vier Jahren vor dem Stichtag verĤnderten Bestandsmieten wurden ebenfalls nicht berücksichtigt â∏ und unter Betrachtung des Anteils der relevanten Nachfragegruppen (SGB II-Bedarfsgemeinschaften, SGB

XII- und WohngeldempfĤnger, AsylbLG-LeistungsempfĤnger, Studenten und Niedrigeinkommensbezieher ohne Leistungsbezug) ein vorlĤufiger Angemessenheitswert definiert worden. Obgleich sich aus der Ermittlung ergab, dass der Bedarf nach preisgünstigem Wohnraum 40,8 % des Gesamtbedarfs umfasste â∏∏ in der Gruppe der Einpersonenhaushalte etwas darüber mit 41,1 %, in der Gruppe der Zweipersonenhaushalte bei 41,4 % und in der Gruppe der Dreipersonenhaushalte bei 41,5 % â∏ ist zur Abdeckung eines möglicherweise zukünftig entstehenden Wohnbedarfs für die bislang in Asylunterkünften untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge das 50 %-Quantil bzw. der Median als Angemessenheitsgrenze definiert worden, mithin ein Wert deutlich oberhalb des errechneten Bedarfs der einkommensschwachen Haushalte. Danach errechnete sich für einen Einpersonenhaushalt eine Nettokaltmiete i. H. v. 6,26 â∏¬. In einem zweiten Schritt hat F + B die regional durchschnittlichen Betriebskosten unter Heranziehung von 30.120 DatensÄxtzen errechnet. Dabei ist nicht zu beanstanden, dass auf die vom grĶÄ⊓ten Wohnungsvermieter der Stadt AH. mitgeteilten Betriebskostenvorauszahlungen abgestellt worden ist, denn wĤhrend eine Mieterhebung allein bei institutionellen Wohnungsunternehmen nicht reprÃxsentativ ist, sind deren Daten für die kalten Nebenkosten ebenso sinnvoll zu verwenden wie die durch den Mieter kaum beeinflussbaren und damit nicht zirkelschlA¼ssigen kalten Nebenkosten aus der SGB II-Statistik (vgl. Forschungsbericht 478, S. 206 f., Exkurs 3). Danach betrug die Summe aus Kaltmiete und kalten Betriebskosten für eine bis zu 50 gm groÃ∏e Wohnung 413 â∏¬. In einem dritten Schritt erfolgte die stadtteilbezogene Gewichtung der als abstrakt angemessen bestimmten Kosten der Unterkunft auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, wobei im Stadtteil BB. keine ausreichende Fallzahl fÃ1/4r die Ableitung eines validen Zuschlages vorgelegen hat (vgl. Seite 27 unter \*\* des Fachgutachtens). Die Summe aus gewichteter Kaltmiete und kalten Betriebskosten belief sich danach fýr eine 50 gm Wohnung in der O. auf 458  $\hat{a} \sqcap \neg$  ([7,17  $\hat{a} \sqcap \neg$  gewichtete Kaltmiete + 1,99  $\hat{a} \sqcap \neg$  kalte Betriebskosten] x 50 gm). Sodann erfolgte auf Basis der erhobenen Angebotsmieten die Prüfung, ob ein ausreichender Anteil der angebotenen preisgļnstigen Wohnungen zu dem ermittelten vorläufigen Angemessenheitswert von 413 â∏¬ angemietet werden könnte. Sofern dies unter Berücksichtigung der erfassten Angebotsmieten in einzelnen Haushaltsgruppen nicht der Fall war, wurde der zunĤchst ermittelte Angemessenheitswert â∏iterativâ∏∏ erhöht. Diese Vorgehensweise gewĤhrleistet nach Auffassung des Senats, dass eine ausreichende Anzahl von preisgünstigen Wohnungen angeboten werden kann und ist grundsÃxtzlich von der Methodenfreiheit des GrundsicherungstrĤgers gedeckt und daher methodisch nicht zu beanstanden (so auch BSG, Urteil vom 3. September 2020 â∏ B 14 AS 34/19 R â∏ juris Rn. 27). Mit dieser Methode errechnet F + B unter Einbeziehung der Nettokaltmiete f $\tilde{A}^{1/4}$ r einen Einpersonenhaushalt einen Betrag i. H. v. 455  $\hat{a} \square \neg$ , also einen Betrag geringfügig unterhalb der für den vom Kläger bewohnten Stadtteil BC. gewichtete Kaltmiete (458 â∏¬). Obgleich bereits mit der iterativ ermittelten Miete in 13 von 23 Stadtteilen ausreichend Wohnraum vorhanden gewesen ist, hat F + B dann fÃ1/4r den Senat nicht nachvollziehbar noch einen Zuschlag i. H. v. 15 % für die N festgeschrieben, was für diesen Stadtteil dann zu einem Angemessenheitsbetrag i. H. v. 523,25 â∏¬ für eine 50 gm Wohnung führt bzw. nach der Fortschreibung anhand des Verbraucherpreisindex (VPI) i. H.

v. 542 â∏¬. Diese aus Sicht des Senats nicht plausiblen ZuschlĤge führen dazu, dass nicht nur der existenzsichernde Wohnbedarf Berücksichtigung findet, sondern auch die Anmietung von Wohnungen ermä¶glicht wird, die nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz mehr als einfachen und grundlegenden BedÃ1/4rfnissen entsprechen. Der Senat hat Bedenken, ob die gewÃxhlte Methode und die daraus resultierende Wirkung auf den Mietmarkt der Stadt B mit § 22a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 SGB II, wonach eine den Mietpreis erhĶhende Wirkung zu vermeiden ist, in Einklang steht. Leitend für die Einführung des § 22a SGB II war u. a. die Erkenntnis, dass sich die Festsetzung von Angemessenheitswerten für die Unterkunft und Heizung auf den örtlichen Wohnungsmarkt auswirkt, z. B. bei der Preisbildung verschiedener Anbietergruppen und der Verfügbarkeit von Wohnraum, weshalb auch im Rahmen eines schlä¼ssigen Konzeptes eine preistreibende Wirkung zu vermeiden ist (vgl. Lauterbach in: beck-onlineGK-SGB II, § 22a Rn. 8). Soweit argumentativ zur Begründung der Stadtteilzuschläge im Konzept auf die Vermeidung von Segregation hingewiesen wird, ist der Senat der Auffassung, dass eine Segregation â□□ auch ohne Stadtteilzuschläge â□□ im Hinblick darauf, dass die Datenerhebung über das gesamte Stadtgebiet erfolgt ist, die Substandardwohnungen herausgefiltert worden sind, ein 50% Quantil bei der Bestimmung des Grenzwertes fÃ1/4r den angemessenen Wohnraum berÃ1/4cksichtigt worden ist, nur Neuvertragsmieten einbezogen worden sind und schlie̸lich noch eine stadtteilbezogene Gewichtung erfolgt ist, hinreichend vermieden wird. Jedenfalls ist auch ohne die GewĤhrung der ZuschlĤge in 13 von 23 Stadtteilen ausreichend anmietbarer Wohnraum vorhanden gewesen (vgl. zur Gefahr der Gettoisierung BSG, Urteil vom 18. November 2014 â∏ B 4 AS 9/14 R â∏∏ juris Rn. 27).

Es bestehen schlie̸lich auch im Hinblick auf § 22 Abs. 1 Satz 2, bzw. Satz 3 SGB II methodische Bedenken hinsichtlich der vom Beklagten innerhalb des bestimmten (einheitlichen) Vergleichsraums festgelegten Zuschläge fä¼r zehn von 23 Stadtteilen und des gesondert betrachteten Bereichs der AX.. Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II wird nur der bisherige Bedarf anerkannt, wenn sich die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach einem nicht erforderlichen Umzug erhöhen. Nach § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II sind, soweit die Aufwendungen fÃ1/4r die Unterkunft und Heizung den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, die Bedarfe solange anzuerkennen, wie es der oder dem alleinstehenden Leistungsberechtigten oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch Iängstens fýr sechs Monate. Aufgrund der Zuschläge für zehn Stadtteile existieren in dem vom Beklagten bestimmten (einheitlichen) Vergleichsraum unterschiedliche Angemessenheitswerte fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die Nettokaltmieten. Das Konzept und die darauf beruhende Verwaltungsanweisung beantwortet allerdings nicht abschlie̸end und entsprechend den gesetzlichen Wertungen die Frage, wie mit nicht erforderlichen Umzügen oder mit Umzügen nach Kostensenkungsaufforderung umzugehen ist, insbesondere mit solchen von einer Wohnung in einem Stadtteil ohne Stadtteilzuschlag in eine teurere, aber angemessene Wohnung in einem Stadtteil mit Stadtteilzuschlag. Danach kann bei einer Kostensenkungsaufforderung ein Umzug innerhalb des Vergleichsraums in

eine teurere Wohnung zulĤssig sein, wenn nĤmlich der Umzug von einem Stadtteil ohne Zuschlag in einen Stadtteil mit Zuschlag stattfĤnde, bzw. von einer Wohnung mit Stadtteilzuschlag in eine Wohnung mit noch ha ¶herem Stadteilzuschlag, was insgesamt letztlich zu einer ErhĶhung der Kosten der Unterkunft innerhalb eines Vergleichsraums führte. Damit wäre ein solcher Umzug eigentlich unwirtschaftlich und somit nach der Rechtsprechung des BSG unzumutbar (vgl. BSG, Urteil vom 12. Juni 2013 â∏∏ B 14 AS 60/12 R â∏∏ juris Rn. 30 f.). Ein Verbleib in der alten Wohnung wAxre wirtschaftlicher. Damit werden aber die niedrigeren Angemessenheitsgrenzen in allen â∏Mietpreiszonenâ∏ auÃ∏erhalb der teuersten ad absurdum gefýhrt. Denn die von einer Kostensenkungsaufforderung Betroffenen mýssten nur den Antrag auf Umzug in eine teurere angemessene Wohnung im teuersten Vergleichsraum stellen, um in ihrer alten Wohnung wohnen bleiben zu kA¶nnen. Das wiederum fA¼hrte zu dem Effekt, dass das anmietbare Marktsegment für Bewohner preiswerter Stadtteile kleiner ist, als das für die Bewohner höherpreisiger Stadtteile, die im ganzen Vergleichsraum wĤhlen kĶnnten (dazu Forschungsbericht 478, S. 164). Umgekehrt fýhrt die Beachtung der in § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II angeordnete Deckelung der Aufwendungen nach einem nicht erforderlichen Umzug innerhalb eines Vergleichsraums auf die bisherigen zu einer Segregation, wenn sie auf einen Umzug von â∏preiswertenâ∏ in â∏höherpreisigenâ∏ â∏ allerdings aufgrund der StadtteilzuschlĤge angemessenen â∏ Anwendung fĤnde und sie würde ins Leere laufen, wenn aus einem h\(\tilde{A}\)\(\text{fherpreisigen Stadtteil in einen preiswerten umgezogen wÃ1/4rde. Daraus ergibt sich, dass bei den nicht einheitlichen abstrakten Angemessenheitswerten in einem Vergleichsraum die mit dessen Festlegung erfolgende Steuerungswirkung entfÄxllt (vgl. dazu bei unterschiedlichen Wohnungsmarkttypen innerhalb eines Vergleichsraums: BSG, Urteil vom 30. Januar 2019 â∏ B 14 AS 41/18 â∏ juris Rn. 37) und letztlich, sofern § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II bei Umzügen innerhalb der Angemessenheitsgrenzen ausgeschlossen würde â∏∏ auch der in <u>§ 22a Abs. 3 Nr. 1 SGB II</u> zum Ausdruck kommende Gesetzeszweck â∏∏ Vermeidung von Mietpreis erhöhenden Wirkungen â∏∏ unterlaufen. Die fehlerhafte Methodik schlägt auch auf die Fortschreibung des Konzepts durch das Statistische Landesamt AH. durch, denn das von F + B entwickelte Verfahren wurde ausweislich des Berichts vom 12. Oktober 2018 beibehalten und die bestehenden Richtwerte unter Beibehaltung der StadtteilzuschlĤge über den VPI angepasst.

Da der Beklagte in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat â□□ wie bereits zuvor in anderen Verfahren â□□ erklärt hat, dass ihm eine weitere Nachbesserung an dem Konzept nicht möglich sei, waren keine weiteren Ermittlungen von Amts wegen angezeigt. Damit verbleibt es für die streitbefangenen Monate Oktober 2018 bis November 2018 bei der vom Beklagten auf der Basis seines â□□schlüssigen Konzeptsâ□□ bereits anerkannten Bruttokaltmiete i. H. v. 542 â□¬ als angemessene Kosten der Unterkunft.

Die Wohnung des Kl $\tilde{A}$ mgers in der BD. in AH. ist auch i.S.v.  $\hat{A}$ mgers  $\hat{A}$ mgers in der BD. in AH. ist auch i.S.v.  $\hat{A}$ mgersmg

bestehenden Obliegenheit zur Kostensenkung aus <u>§ 22 Abs. 1 S. 3 SGB II</u>. Wegen des Ausnahmecharakters sind strenge Anforderungen an die Auslegung der Tatbestandsmerkmale der UnmĶglichkeit und der Unzumutbarkeit zu stellen (BSG, Urteile vom 23. August 2011 â∏ B 14 AS 91/10 R â∏ und vom 19. Februar 2009 â∏ B 4 AS 30/08 R). Der Kläger hatte aufgrund der erfolgten Kostensenkungsaufforderungen des Beklagten seit Jahren Kenntnis von der Obliegenheit, KostensenkungsmaÄnahmen zu ergreifen, so dass ihm diese auch subjektiv mA¶glich gewesen sind (vgl. BSG, Urteil vom 18. November 2014, a. a. O. Rn. 32 m. w. N.). Zur Ã\berzeugung des Senats ist es dem Kl\(\tilde{A}\)\mager nicht objektiv unmĶglich gewesen, im Ķrtlichen Vergleichsraum der Stadt AH. eine Wohnung mit einfachem Wohnungsstandard und bis zu 50 mÂ2 WohnflAxche zur abstrakt angemessenen Bruttokaltmiete tatsÃxchlich anzumieten. Zur weiteren ̸berzeugung des Senats ist im Vergleichsraum ausreichend anmietbarer Wohnraum vorhanden gewesen. Die Angaben des KlĤgers und dessen Unterlagen zu den Umzugsbemļhungen fļhren zu keinem anderen Ergebnis. Im Gegenteil sind die vom KlĤger vorgelegten umfangreichen Unterlagen geeignet, die EinschÄxtzung des Senats zu belegen. Denn aus den Unterlagen, die zahlreiche Wohnungsangebote in AH. enthalten, geht eindeutig hervor, dass es sowohl im vorliegend streitigen Zeitraum als auch in der Zeit davor und danach durchgehend ein ausreichendes Angebot an Wohnraum für Alleinstehende gegeben hat. Zudem hat der KlÄxger in einer E-Mail vom 13. Juni 2015 selbst mitgeteilt, dass er sehr viele (Wohnungs-)Angebote bekommen wýrde. Allerdings geht der Senat davon aus, dass die gegenüber dem Beklagten dokumentierte umfangreiche Recherche auf dem Wohnungsmarkt in erster Linie dazu gedient hat, den Anschein der erfolglosen Wohnungssuche zu erwecken. Dagegen ergeben sich weder aus dem Akteninhalt noch aus dem Vortrag des KlĤgers Anhaltspunkte, dass dieser nach Kenntnis der Unangemessenheit der Kosten seiner Wohnung tatsÄxchlich intensiv und kontinuierlich, jedoch vergeblich nach einer Wohnung gesucht hat. Der Senat spricht dem KlĤger jegliche Ernsthaftigkeit seiner angeblichen Wohnungssuche bzw. seiner Umzugsbemühungen ab, auch wenn er eine Vielzahl von Kontaktanfragen und auch umfassende Korrespondenz mit Immobilienmaklern vorgelegt hat. Gegen eine ernsthaft betriebene Wohnungssuche spricht bereits, dass der KlĤger durchgehend, d.h. bereits seit 2008 bis zum heutigen Tage keinen Zweifel daran gelassen hat, dass er nicht aus seiner seit 1989 bewohnten 88 gm gro̸en Wohnung ausziehen möchte und zudem durchgehend der Auffassung war und ist, dass der Beklagte verpflichtet ist die tatsÄxchlichen Unterkunftskosten zu übernehmen und nicht berechtigt ist, ihn zur Kostensenkung bzw. zum Umzug in eine kleinere, günstigere Wohnung aufzufordern. Darüber hinaus hat der KIäger sich im Rahmen seiner vorgeblichen Wohnungssuche erkennbar bemüht, den Erfolg derselben mĶglichst zu erschweren. So ergibt sich aus den vorgelegten Kontaktanfragen und auch aus den FragebĶgen der Wohnungsgesellschaften, dass er seine Suche auf die Stadtmitte/Peripherie und auf Erdgeschoss- und Mittelgeschosswohnungen begrenzt, d. h. durch die Vorgabe von Suchkriterien das Angebot im Stadtgebiet AH, erheblich eingeschrĤnkt hat. Bei der S, hat er mitgeteilt, dass die Gesamtmiete 350 â∏¬ betragen dürfe, gegenüber einem weiteren potentiellen Vermieter hat er in einer E-Mail vom 23. Juni 2016 die Warmmiete auf 377  $\hat{a} \sqcap \neg$  begrenzt. Auch damit hat er bei einer gro $\tilde{A} \sqcap$ en AO. Vermietungsgesellschaft eine nicht nachvollziehbare BeschrĤnkung

vorgenommen, zumal er in der Kostensenkungsaufforderung vom 26. Februar 2015 ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, dass sich der Richtwert aus der Nettokaltmiete und den Betriebskosten (einschlie̸lich Wasser/Abwasser) zusammensetzt und Heizkosten daneben noch gesondert bewilligt werden. Bei der T. hat der KlAzger ausweislich seiner E-Mail vom 10. MAzrz 2016 an den Beklagten erstmals nach einem Jahr der Wohnungssuche persĶnlich vorgesprochen. Auch dieses Verhalten belegt die mangelnde Ernsthaftigkeit der Umzugsbemühungen. Die einzelnen Inhalte seiner Wohnungssuche hat er dabei nicht offengelegt, sondern lediglich ein Schreiben der T. vom 9. MÄxrz 2016, nach dessen Inhalt zurzeit kein passendes Angebot vorliege. Auch das Verhalten des KIägers im Mietzusicherungsverfahren für konkrete und angemessene Wohnungen belegt, dass kein ernsthaftes Interesse an einem Umzug bestanden hat, sondern der KIÃxger vielmehr darauf gesetzt hat, dass durch die Bearbeitungszeiten des Beklagten die Wohnungen bereits anderweitig vermietet worden sind. So hat der KIÄxger grundsÄxtzlich bei angemessenen Wohnungen nicht persĶnlich beim Beklagten vorgesprochen, um auf eine zügige Sachbearbeitung hinzuwirken, sondern etwaige Angebote grundsÃxtzlich per E-Mail übersandt. Gerade bei einem ernsthaften Bemühen um die Anmietung preisgünstigen Wohnraums wäre allerdings zu erwarten, dass Fragen zur Zusicherung unverzüglich durch persönliche Vorsprache oder telefonisch geklärt werden. So bestand für den KIäger bereits im Juni 2015 die Möglichkeit, eine Wohnung innerhalb der Angemessenheitsgrenzen in der BE. anzumieten. Anstatt mit dem Mietangebot beim Beklagten direkt vorzusprechen, um etwaige Fragen direkt und zügig zu klären, hat er das Angebot mit Schreiben vom 16. Juni 2015 am 17. Juni 2015 beim Beklagten eingereicht. Nachdem der Beklagte ebenfalls mit Schreiben vom 22. Juni 2015 um Klarstellung der Heizkosten und der Wasserkosten gebeten hat, die der Kläger am 24. Juni 2015 an die Immobilienfirma BF. weitergeleitet hat, erfolgte die Absage, da die Wohnung zwischenzeitlich anderweitig vermietet worden war. Au̸erdem hatte der Kläger im Juli 2015 eine Zusage fþr eine Wohnung in der BG. in AH. zu einer Warmmiete i. H. v. 441,70 â∏¬. Auch dieses Angebot leitete der Kläger per E-Mail am 15. Juli 2015 an den Beklagten weiter, der nach Prüfung am 28. Juli 2015 eine Mietübernahmebescheinigung erteilte, welche der Kläger am 31. Juli 2015 an die Vermieterin â∏ die R. â∏ weiterleitete. Zu diesem Zeitpunkt war die Wohnung bereits anderweitig vergeben. Ein weiteres Mietangebot in der BH. legte der KlĤger vor, ohne die Heiz- und Nebenkosten zu erklĤren, sodass dem Beklagten eine Prüfung der Angemessenheit nicht möglich war. Darüber hinaus l\tilde{A}\tilde{x}sst sich auch aus dem Verhalten des Kl\tilde{A}\tilde{x}gers gegen\tilde{A}^{1}\tilde{4}ber der GBV im Zusammenhang mit der im Oktober 2016 mA¶glichen Anmietung der innerhalb der damaligen Angemessenheitsgrenzen liegenden Wohnung in der V. eindeutig schlie̸en, dass der Kläger nicht ernsthaft an der Anmietung einer anderen Wohnung interessiert gewesen ist. Insbesondere ist der fehlende Vertragsschluss nicht â∏ wie er behauptet â∏ den langen Bearbeitungszeiten beim Beklagten zuzurechnen, sondern vielmehr seinem eigenen zĶgerlichen Verhalten. Gerade in dem zuvor beschriebenen Fall hat er subtil die mĶgliche Vermietung verhindert, indem er den zukÃ1/4nftigen Vermieter auf bevorstehende juristische Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Beklagten hingewiesen und sich damit bereits im Vorfeld der unmittelbar bevorstehenden Vertragsunterzeichnung als extrem streitbarer Mensch gezeigt hat, was zur Ã\(\text{D}\)berzeugung des Senats in

dem Bewusstsein erfolgt ist, dass diese Eigenschaft auf etwaige Vermieter â∏∏ die regelmäÃ∏ig Interesse an einer dauerhaften problemfreien Vertragsbeziehung haben dürften â∏ extrem abschreckend wirkt. Völlig unverständlich ist in diesem Zusammenhang, dass der KlĤger auch nachdem der Beklagten eine Mietübernahmeerklärung erteilt hatte, den bereits für die Mietvertragsunterzeichnung anberaumten Termin verschoben hat, da er angeblich noch die ̸bernahme der Mietkaution, der Umzugskosten und der Renovierungskosen habe kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ren m\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)ssen. Denn ihm war aus den bereits mehrfach erfolgten Mietübernahmebescheinigungen und aus der damit im Zusammenhang stehenden Korrespondenz mit dem Beklagten dessen EinschĤtzung dazu bekannt. Das Gebaren des KlĤgers ist mit einem sich ernsthaft um günstigeren Wohnraum bemühenden Umzugswilligen nicht in Einklang zu bringen. Aus diesem Grund war dem Beweisangebot des KlĤgers auf Vernehmung der Zeugen Bl. und BJ. nicht nachzugehen, denn selbst bei unterstellter Richtigkeit der Behauptungen des KlĤgers, dass dem KlĤger die Anmietung der Wohnungen nicht mĶglich gewesen sei, da der Beklagte nicht über die Bewilligung einer Kaution entschieden habe, steht für den Senat aufgrund der zahlreichen vom Beklagten ausgestellten Mietübernahmebescheinigungen und den nicht wahrgenommenen Gelegenheiten des KlÄxgers zur Anmietung einer angemessenen Wohnung fest, dass ausreichend Wohnraum vorhanden gewesen ist. Im ̸brigen hatte der Beklagte auch zu den Wohnungen in der BK. in AH. AV. und AG. jeweils eine Kostenzusage erteilt (vgl. 159, 198 der elektronischen Verwaltungsakte). Darüber hinaus hat der Beklagte zugesagt, dass eine darlehensweise Ã\u00f4bernahme der neuen Mietkaution erfolgen könne, soweit keine Erstattung der Mietkaution aus dem jetzigen Mietverhältnis möglich sei bzw. mit der Mietübernahmeerklärung vom 9. Mai 2018 zu der Wohnung BL. direkt zugesichert, dass die ̸bernahme der Aufwendungen für eine Mietkaution, die dem mietrechtlichen Umfang entspricht, zugesichert wird (vgl. Blatt 168, 198, 199 der elektronischen Verwaltungsakte). Daraus ist ebenfalls zu ersehen, dass es dem Kläger lediglich darum gegangen ist, Grþnde, die der Unterzeichnung eines Mietvertrages entgegenstehen, vorzuschieben und kein wirklicher Wille zum Vertragsschluss vorhanden gewesen ist.

Die Behauptung des KIĤgers, dass es im streitbefangenen Zeitraum auf dem gesamten Wohnungsmarkt in AH. nahezu überhaupt kein Angebot gegeben habe, das den Anforderungen des Beklagten genügt habe, hält der Senat durch die zahlreichen vom KIäger vorgelegten Nachweise über anmietbaren Mietraum innerhalb der Angemessenheitsgrenzen und der auch tatsächlich bestehenden Möglichkeiten zum Abschluss eines Mietvertrags für widerlegt. Dies gilt auch, soweit der KIäger meint, aufgrund der hohen Flþchtlingszahlen sei kein angemessener Wohnraum anmietbar gewesen. Insoweit ist im Ã□brigen darauf hinzuweisen, dass auch das Institut F + B bei der Datenauswertung und den konzeptionellen Ã□berlegungen die hypothetische Verengung des Wohnungsmarktes durch den Zuzug bzw. die mögliche Versorgung von Flüchtlingen mit preisgþnstigem Wohnraum dadurch berücksichtigt hat, dass auf das 50%-Quantil abgestellt worden ist (statt des für SGB II, SGB XII, Wohngeld- und AsylbLG-Empfänger sowie fþr Studenten und Niedrigeinkommensbezieher ermittelten Bedarfs von durchschnittlich 40,8 %). Der

Senat vermag mithin keine Anhaltspunkte dafür zu erkennen, dass es in AH. nicht genügend angemessenen Wohnraum gab bzw. gibt, sodass es dem Kläger â∏ der spätestens seit 2011 hinreichend Ã⅓ber die Unangemessenheit seiner Mietwohnung und ihrer Kosten informiert war â∏ nicht frÃ⅓hzeitiger möglich gewesen sein könnte, eine angemessene Wohnung anzumieten. Diese Einschätzung wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass der Senat, der viele Jahre alleine fÃ⅓r alle SGB II-Berufungs- und Beschwerdeverfahren aus AH. zuständig gewesen ist, im Laufe der Jahre nur sehr vereinzelt Ã⅓ber Verfahren zu entscheiden hatte, in denen geltend gemacht worden ist, dass in AH. keine Wohnungen im Sinne der vorgegebenen Angemessenheitsgrenzen zur VerfÃ⅓gung stÃ⅓nden.

Aus dem Umstand, dass der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er bereits seit 1989 in der betreffenden Mietwohnung lebt und bei Abschluss des Mietvertrags nicht erkennen konnte, dass er 2007 auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein wÃ1/4rde, folgt nichts Anderes. Gleiches gilt für den Umstand, dass der Beklagte seit Beginn des Leistungsbezuges im Jahre 2007 für einen ausgesprochen langen Zeitraum die tatsÃxchlichen Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen hat. Dem seitens des KIĤgers begehrten Bestandsschutz mangelt es im SGB II an einer Rechtsgrundlage. Insbesondere kann er aus der Tatsache, dass der Beklagte sich in der Vergangenheit gro̸zügig gezeigt und über einen kaum zu rechtfertigenden Zeitraum davon abgesehen hat, die Kosten der Unterkunft zu kürzen, keine Ansprüche herleiten. Dass der negative Schufa-Eintrag des KIĤgers einer Wohnungsanmietung grundsĤtzlich entgegengestanden haben könnte oder entgegensteht, ist nicht erwiesen, sondern vielmehr dadurch widerlegt, dass ihm seit 2015 mehrere Angebote zum Abschluss eines Mietvertrags unterbreitet worden sind. Im Ã\| brigen ist es gerichtsbekannt, dass zahlreiche Vermieter bei direkter Mietzahlung durch das Jobcenter einer Vermietung von Wohnraum an LeistungsempfĤnger wohlwollend gegenļberstehen, was dem KlĤger auch bereits im Rahmen des in der Vergangenheit vor dem Senat geführten Eilverfahrens (Beschluss vom 11. März 2016 â∏ L 15 AS 24/16 B ER) mitgeteilt worden ist. Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er hat im \(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)rigen auch nicht dargelegt, dass Vermieter flÄxchendeckend trotz Hinweis auf eine solche Verfahrensweise die Vermietung von Wohnraum abgelehnt haben. Auch aus der Verwaltungsanweisung des Beklagten ergibt sich kein Anspruch des Klägers auf eine weitere Ã∏bernahme der tatsÄxchlichen Unterkunftskosten. Soweit unter Nr. 7 E. d. der einschlÄxgigen Verwaltungsanweisung vorgesehen ist, dass bei langer Wohndauer (mindestens 10 Jahre) ein Umzug unzumutbar sein kann, übersieht der Kläger, dass als weitere Voraussetzung gefordert wird, dass weitere in der Person des Leistungsberechtigten liegende GrÃ1/4nde den Umzug unzumutbar machen. Diese Voraussetzungen mýssen kumulativ vorliegen. Im Falle des Klägers sind keinerlei in der Person liegende Gründe vorgetragen oder erkennbar, die einen Umzug hätten unzumutbar erscheinen lassen. Das gilt auch fÃ1/4r die Schufa-Eintragung. Soweit der Kläger zumindest sinngemäÃ∏ geltend macht, er möchte sein soziales Umfeld (AH. -O.) in Anbetracht der langen Wohndauer nicht verlassen, ein Umzug sei allenfalls in unmittelbarer Umgebung (AH. -O.) zumutbar, ist dieser Auffassung nicht zu folgen. In Anbetracht der exzellenten Anbindung nahezu aller Stadtteile in AH. durch den ̸PNV ist es für einen alleinstehenden Erwachsenen als ohne

weiteres zumutbar anzusehen, innerhalb des Stadtgebietes in eine angemessene Wohnung umziehen zu müssen. Auch aus Nr. 7 E. c. der einschlĤgigen Verwaltungsanweisung folgt insoweit, dass ein Umzug auch bei wesentlichen sozialen Bezügen zur Umgebung grundsätzlich zumutbar ist. SchlieÃ∏lich kann der KlÄxger auch nicht mit Erfolg geltend machen, aus der Tatsache, dass sogar die auf der Basis eines professionell erstellten Gutachtens beruhenden Angemessenheitswerte des Beklagten über den Werten nach § 12 WoGG zzgl. 10% liegen würden, folge, dass nicht letztere Werte die abstrakt angemessene Bruttokaltmiete darstellen k\( \tilde{A} \) Innten, sondern h\( \tilde{A} \) Ihere oder sogar die tatsÃxchlichen Unterkunftskosten anzuerkennen seien. Denn eine solche Schlussfolgerung kann aus einem als unschlļssig zu bewertenden Konzept gerade nicht hergeleitet werden. Zudem ist zu berļcksichtigen, dass die anerkannten hohen Angemessenheitswerte vielfach und auch im vorliegenden Fall gerade auf den vom Beklagten nach dem Konzept zu berÄ1/4cksichtigenden StadtteilzuschlĤgen beruhen, welche wiederum gerade zur Unschlļssigkeit des Konzepts fýhren; dagegen würde auch im Falle des Klägers der ermittelte Angemessenheitswert für einen Einpersonenhaushalt unter den Werten zu § 12 WoGG zzgl. 10% liegen, wýrde man den berýcksichtigten Stadtteilzuschlag wieder in Abzug bringen. Auch soweit der KlÄzger geltend macht, ihm seien im streitigen Zeitraum unmittelbar nur monatlich 233,58 â∏¬ ausgezahlt worden, so dass er seinen Lebensunterhalt nicht habe decken kA¶nnen, wAxhrend die restlichen Leistungen â∏ d.h. auch der überwiegende Teil des Regelbedarfs â∏ an den Vermieter gezahlt worden seien, fýhrt dies zu keinem abweichenden Ergebnis. Die Zahlungen durch den Beklagten unmittelbar an den Vermieter sind offensichtlich mit dem EinverstĤndnis des KlĤgers erfolgt, der weder etwas Gegenteiliges behauptet noch im streitigen Zeitraum die Auszahlung des Regelbedarfs unmittelbar an ihn selbst verlangt hat â∏ auch nicht, nachdem er mit Beschluss des Senats vom 11. März 2016 â∏∏ L 15 AS 24/16 B ER â∏∏ ausdrücklich auf diese Möglichkeit hingewiesen worden ist. SchlieÃ∏lich hat der Kläger keinen Anspruch auf ein Absehen von einer Kostensenkung, da ein Umzug unwirtschaftlich wAxre (vgl. A§ 22 Abs. 1 S. 4 SGB II). Die vom KIAxger behaupteten Kosten der Unterkunft i. H. v. 610 â∏¬ (laut letztem Vortrag betrugen die Abschläge auf die kalten Betriebskosten 120 â∏¬ statt wie zunächst behauptet 150 â∏¬) übersteigen den zulässigen Miethöchstbetrag um einen Betrag i. H. v. zuletzt 68 â∏¬ monatlich (610 ./. 542) und darüber hinaus übersteigen auch die Heizkosten i. H. v. 180 â∏¬ monatlich den Grenzwert nach dem bundesweiten Heizkostenspiegel um 97,20  $\hat{a} \sqcap \neg$  monatlich (180 ./. 82,08  $\hat{a} \sqcap \neg$ ).

2. Der Kläger hat im streitbefangenen Zeitraum keinen Anspruch auf weitere Heizkosten als die gewährten. Die PrÃ⅓fung der Angemessenheit der Heizkosten muss getrennt von derjenigen der Bruttokaltmiete erfolgen (BSG, Urteile vom 2. Juli 2009 â∏ B 14 AS 36/08 R â∏ juris Rn. 18 bzw. B 14 AS 33/08 R â∏ juris Rn. 26). Auch bei nicht näher aufgeschlÃ⅓sselten monatlichen Betriebs- und Heizkosten gilt der Grundsatz, dass ein Anspruch auf Leistungen fÃ⅓r Heizung als Teil der Gesamtleistung grundsätzlich in Höhe der konkret-individuell geltend gemachten tatsächlichen Aufwendungen besteht, soweit diese angemessen sind. Bedarfsrelevant sind allein die zu leistenden Vorauszahlungen fÃ⅓r Miete und Heizung (vgl. hierzu grundlegend BSG, Urteil vom 18. November 2014 â∏ B 4 AS

9/14 R â∏∏ juris Rn. 34 f.). Da nachträgliche Betriebs- oder Heizkostenabrechnungen keine Auswirkungen auf die allein bedarfsrelevanten Vorauszahlungen haben (vgl. auch BSG, Urteil vom 24. Februar 2011 â∏ B 14 AS 52/09 R â∏ juris Rn. 23), kommt der fehlenden Vorlage der spĤteren Heiz- und Betriebskostenabrechnungen durch die Kläger â∏ unbesehen einer konkreten Anrechnung von Betriebs- und Heizkostennachzahlungen im jeweils aktuellen Bewilligungsabschnitt (vgl. hierzu <u>§ 22 Abs. 3 SGB II</u>) â∏ keine Bedeutung für den hier streitigen Zeitraum zu. WĤhrend das BSG fļr die Beurteilung der abstrakten Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft das so genannte schlýssige Konzept entwickelt hat, ist die abstrakte Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen für die Heizung bislang praktisch nicht möglich. Die Prüfung der Angemessenheit der Aufwendungen für Heizung erfolgt deshalb â∏∏ wie bereits dargelegt â∏∏ derzeit getrennt von den Aufwendungen für Unterkunft und allein orientiert an den Verhältnissen des Einzelfalles. ̸bersteigen die Aufwendungen für Heizung einen bestimmten Grenzwert, wird dies als Indiz für unangemessen hohe Aufwendungen angesehen. Es liegt dann an der leistungsberechtigten Person, Gründe vorzutragen, warum die Aufwendungen gleichwohl als angemessen anzusehen sind. Der ma̸gebliche Grenzwert wird dabei in der Regel den â∏Kommunalen Heizspiegelnâ∏ bzw. dem â∏Bundesweiten Heizspiegelâ∏ entnommen (Piepenstock in: jurisPK-SGB II, 5. Aufl. 2020, § 22 Rn. 291 m. w. N.). Dabei ist die Angemessenheit der Aufwendungen für die Heizung so lange zu bejahen, wie die Kosten unter dem Grenzbetrag eines kommunalen oder bundesweiten Heizspiegels übernommen werden (BSG, Urteil vom 2. Juli 2009 â∏ B 14 AS 33/08 R â∏ Leitsatz Nr. 3; BSG, Urteil vom 13. April 2011 â∏ B 14 AS 106/10 R â∏ juris Rn. 42). Vorliegend hat der Beklagte die laufenden AbschlĤge auf der Grundlage des bundesweiten Heizkostenspiegels â∏ Stand 2014 â∏ errechnet, was zu einer Begünstigung des Klägers geführt hat. Nach dem maÃ∏geblichen bundesweiten Heizkostenspiegel â∏∏ Stand Oktober 2018 â∏∏ der im Zeitpunkt der Widerspruchsentscheidung des Beklagten vom 23. Oktober 2018 und bei Erlass des ̸nderungsbescheides vom 7. November 2018 aktuell gewesen ist (vgl. dazu BSG, Urteil vom 12. Juni 2013 â∏ B 14 AS 60/12 R â∏∏ juris Rn. 25), lag der Grenzwert für zu hohe Heizkosten bei einer mit FernwĤrme beheizten GebĤudeflĤche von 501-1000 gm bei einem Preis von 19,70 â∏¬ je gm. Daraus errechnet sich ein Abschlag i. H. v. 82,08 â∏¬ (19,70 x 50 : 12). Der Beklagte hat einen laufenden Abschlag i. H. v. 84,33 â∏ gezahlt und damit einen Betrag oberhalb des Grenzwertes nach dem ma̸geblichen bundesweiten Heizkostenspiegel, so dass die Ã∏bernahme weiterer Kosten  $\hat{a} \square \square$  als der anerkannten  $\hat{a} \square \square$  ausscheidet. Personenbedingte Gr $\tilde{A}^{1/4}$ nde (z. B. erhöhter krankheitsbedingter Wärmebedarf), die ein Ã∏berschreiten der Grenzwerte rechtfertigen kA¶nnten, sind vom KlAzger weder vorgetragen noch ersichtlich. Der KlĤger ist bereits im Mai 2007 auf die unangemessenen Heizkosten hingewiesen worden. Mit den Bescheiden vom 3. April 2013 und 26. Mai 2014 wies der Beklagte erneut auf die Unangemessenheit der Heizkosten hin und darauf, dass zukünftig nur die angemessenen Heizkosten anerkannt werden könnten, die sich nach dem bundesweiten Heizkostenspiegel unter BerÃ1/4cksichtigung der Vergleichswerte fÃ1/4r das jeweilige Abrechnungsjahr errechneten. Soweit der Abrechnungsjahr 2018 eine mĶgliche weitere Nachzahlung auf der Grundlage der

Anlage 5 zur Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung Stand Juni 2018 errechnet hat, fĤllt diese jedenfalls nicht in den hier zu betrachtenden streitbefangenen Zeitraum, da FĤlligkeit erst im Jahre 2019 mit Rechnungslegung durch den Vermieter eingetreten ist.

3. Der KlĤger hat keinen Anspruch auf Aufhebung des Aufhebungs- und Erstattungsbescheids vom 17. Januar 2019, da ihm nach Erlass des Bewilligungsbescheids vom 17. August 2018 in Gestalt des ̸nderungsbescheids vom 7. November 2018 am 28. Dezember 2018 ein Betrag i. H. v. 2.575,75 â∏ brutto bzw. 1.654,82 â∏¬ netto zugeflossen ist und sein existenzsichernder Bedarf i. H. v. 1.042,33 â∏¬ dadurch gedeckt war. Rechtsgrundlage für die Korrektur der Bewilligungsbescheide ist § 48 Abs. 1 Satz 1 Satz 2 Nr. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) i. V. m. <u>§ 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II</u> und <u>§ 330 Abs. 3</u> Drittes Buch Sozialgesetzbuch. Nach <u>§ 48 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 3 SGB X</u> ist ein Dauerverwaltungsakt, soweit in den tatsÄxchlichen oder rechtlichen VerhÄxltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche ̸nderung eintritt, mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben. Der Verwaltungsakt ist (vgl. zur gebundenen Entscheidung: § 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II i. V. m. § 330 Abs. 3 SGB II) mit Wirkung vom Zeitpunkt der ̸nderung der Verhältnisse aufzuheben, soweit nach Antragstellung oder Erlass des Verwaltungsaktes Einkommen oder VermĶgen erzielt worden ist, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs gefA1/4hrt haben würde. Der KIäger hat nach Erlass des Bewilligungsbescheids vom 17. August 2018 und des ̸nderungsbescheids vom 7. November 2018 Einkommen aus seiner BeschĤftigung als Verwaltungsangestellter erzielt, das ihm Ende Dezember 2018 zugeflossen ist und welches in der Leistungsbewilligung für den Monat Dezember 2018 noch nicht enthalten gewesen ist. Der Beklagte konnte deshalb nach der erfolgten AnhĶrung die Bewilligungsbescheide nach § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB X den Monat Dezember 2018 betreffend aufgrund des bedarfsdeckenden Einkommens (1.654,82 â∏¬ netto ./. 100 â∏¬ Grundfreibetrag nach § 11b Abs. 2 Satz 1 SGB II ./. 200 â∏¬ Erwerbstätigenfreibetrag nach § 11b Abs. 3 Satz 1, 2 Nr. 1, 2 SGB II = 1.354,82) insgesamt aufheben â∏∏ was im Ã∏brigen vom Kläger auch nicht in Abrede gestellt wird â∏ und gem. <u>§ 50 SGB X</u> die Erstattung der überzahlten Leistungen verlangen.

Entgegen der Auffassung des Klä¤gers steht der Erstattungsverfã¼gung nicht die als Aufrechnung aufzufassenden Erklä¤rungen des Klä¤gers aus etwaigen Gegenansprã¼chen (weitere Kosten der Unterkunft und Heizung) entgegen. Grundsã¤tzlich besteht im Sozialrecht auã□erhalb der besonderen Regelungen des §â§ 51, 52 Erstes Buch Sozialgesetzbuch über die Aufrechnung gegen Sozialleistungsansprã¼che allgemein die Mã¶glichkeit, einer öffentlichenrechtlichen Erstattungsforderung im Wege der Aufrechnung, auf welche die §â§ 387 ff. Bã¼rgerliches Gesetzbuch (BGB) entsprechende Anwendung finden, entgegenzutreten (vgl. BSG, Urteil vom 28. November 2013 â□□ B 3 KR 33/12 R â□□ juris Rn. 13 m. w. N.). Voraussetzung dieses einseitigen Rechtsgeschã¤fts, mit dem die wechselseitige Tilgung zweier Forderungen bewirkt wird, ist gemã¤ã□ § 387 BGB, dass sich zum Zeitpunkt der Aufrechnungserklã¤rung gegenseitige, gleichartige und fã¤llige bzw. erfã¼llbare Forderungen gegenã¼berstehen, wobei die zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung uneingeschrã¤nkt wirksam und

fällig sein muss, die Hauptforderung dagegen lediglich erfÃ⅓llbar zu sein braucht (GrÃ⅓neberg in: Palandt, BGB, 77. Aufl. 2018, Rn. 11f. zu § 387). AuÃ∏erdem darf entsprechend § 390 BGB die Gegenforderung nicht einredebehaftet sein. Vorliegend fehlt es bereits an einer Aufrechnungslage, da die vom Kläger behaupteten Forderungen weder unbestritten noch mit Rechtskraft festgestellt worden sind.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG. Dabei hat der Senat zugunsten des Klägers berücksichtigt, dass der Beklagte mit Ã□nderungsbescheid vom 7. November 2018 während des Klageverfahrens vor dem SG ein Teilanerkenntnis hinsichtlich der Kosten der Unterkunft abgegeben hat.

Gründe die Revision zuzulassen bestehen nicht (§ 160 Abs. 2 SGG).

Erstellt am: 11.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024